Opéra
16245

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

Don 21809

BIBLIOTHÈQUE DE LA GUERRE MUSÉE

Die Gründung der „Sociaaldemokratische Partij in Nederland" (S. D. P.)

Adresse an die Internationale

Herausgegeben vom Vorstand der S. D. P.

Berlin 1909
Verlag: Dr. Ant. Pannekoek, Zehlendorf, Gertraudstr. 10

E 6670

O pièce 16245

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

Parteigenossen!

Ueber die Gründe, die uns als ehemalige Mitglieder der sozialdemokratischen Partei in Holland zu dem Beschluß zwangen, neben der alten Partei eine neue zu errichten, fühlen wir uns verpflichtet, Ihnen Rechenschaft zu geben.

Wir möchten keinen Augenblick den Gedanken ertragen, daß Sie uns als Personen ansehen, die wegen einer geringfügigen Ursache daran gingen, die Einheit der sozialistischen Bewegung zu zerstören. Wir wissen ganz gut, daß dies bis zum Aeußersten vermieden werden muß, und daß Sie, die ganze internationale Sozialdemokratie, mit Recht immer zur Einheit drängen und dies in der Amsterdamer Resolution ausdrücklich ausgesprochen haben. Nur nachdem wir das Aeußerste erlitten, nach einer Verfolgung seitens der Parteimehrheit, wie sie in keiner anderen Partei bisher vorkam, nur nachdem sie die schlimmsten Maßnahmen gegen uns ergriff, haben wir, die marxistische Minderheit der S. D. A. P., diesen Entschluß fassen müssen.

Die Propaganda für die Methode und die Taktik des Klassenkampfes, die man gewöhnlich als die marxistische bezeichnet, ist uns allmählich immer schwieriger gemacht worden, und manchem von uns wurde die Tätigkeit dermaßen unmöglich gemacht, daß er sich aus der aktiven Teilnahme an der Bewegung zurückzog.

Wir würden uns im Interesse der Einheit der holländischen Partei der Kampfesweise der revisionistischen Mehrheit gefügt haben, wenn diese nicht schließlich zur allerschroffsten Maßnahme gegriffen hätte: dem Verbot unseres marxistischen Organs. Als die Mehrheit von uns die Aufhebung dieses Blattes forderte und den Beschluß faßte, uns bei Weigerung aus der Partei hinauszuwerfen — als die freie Meinungsäußerung und die Demokratie in dieser Weise nicht nur gehemmt, sondern vernichtet wurden — erst da haben wir gefühlt, daß uns, um unser Prinzip und die von uns vertretene Taktik zu retten, nichts anderes übrig blieb als die Errichtung einer neuen Partei.

Nun wissen wir, daß wir uns Ihnen gegenüber, die Sie die holländischen Parteiverhältnisse nicht genau kennen, nicht damit begnügen können, unsere Ansicht mitzuteilen. Wenn Sie sonst nichts erfahren, ist es wahrscheinlich, daß Sie uns, die wir die Minderheit bilden und unsere Stimme nicht so kräftig wie die Mehrheit hören lassen können, für Parteispalter halten. Deshalb wollen wir versuchen, Ihnen eine kurze und möglichst klare Uebersicht des Kampfes zu geben, den wir Marxisten gegen die Revisionisten geführt haben.

B.D.I.C. — REPRODUCTION INTERDITE

I. Die ersten Kämpfe.

Die Agrarfrage.

Der Kampf zwischen den beiden Richtungen begann im Jahre 1901 und drehte sich um das bestehende agrarische Programm der Partei. Zwei Punkte desselben wurden von den Marxisten bekämpft:

1. Regelung des Pachtvertrages, auf dem Prinzip beruhend, daß nur Pacht von dem Reinertrag des Betriebes bezahlt zu werden braucht.
2. Die Ueberlassung von Boden und Betriebsmaterial gegen einen mäßigen Preis an Landarbeiter, um ihnen eine selbständige Existenz zu verschaffen.

Mit dem ersten Punkte wurde gemeint, daß „von dem Ertrag des Betriebes zuerst alle Arbeitenden, auch der Pächter, ihren Lohn erhalten sollten, und nur, wenn dann noch etwas übrig bleibt, komme der Grundbesitzer an die Reihe".

Der zweite Punkt will die Not der Landarbeiter dadurch lindern, daß ihnen von Gemeinde wegen Grundstücke zur Bebauung überlassen werden.

Wir brauchen wohl nicht auseinanderzusetzen, daß, wenigstens vom marxistischen Standpunkt, diese beiden Forderungen in Widerspruch zu der Entwicklung der Gesellschaft in der Richtung des Sozialismus stehen. Die Weise, in der die Revisionisten sie verteidigten, werden wir mit ihren eigenen Worten anführen, damit die Genossen sehen, welcher Art der Widerstand war, auf den wir stießen.

Von marxistischer Seite war geschrieben worden, daß es auf dem Lande zweifellos noch viele Arbeiter gibt, die ihre ganze Seligkeit auf den Besitz eines kleinen Landsetzens setzen; aber es sei nicht unsere Sache, diese Empfindungen zu fördern, sondern man muß diesen Arbeitern zeigen, daß sie ihre Hoffnung nur auf den Sozialismus zu stellen haben, der allein ihnen ein glückliches und sorgenloses Leben bringen kann; die Sozialdemokratie sei auch keine Organisation, um Kleinbesitzer heranzuzüchten usw.

Darauf antwortete Troelstra, der Führer der Parlamentsfraktion buchstäblich:

„Schön ausgedrückt; vortrefflich rechtgläubig, und doch . . ."

„Die Arbeiter, die im Marxismus nicht bewandert sind, haben im Winter Hunger, wenn sie nicht auf eignem oder gemietetem Boden Kartoffeln angebaut haben."

„Ich denke mir Frau Roland Holst, diesen Leuten auseinandersetzend daß es doch äußerst dumm ist, ihre Seligkeit auf ein eignes Grundstück zu setzen, denn nur der Sozialismus usw."

„Sorgt, daß sie den Boden möglichst billig bekommen, daß sie ihn womöglich genossenschaftlich zu bewirtschaften erlernen — aber sorgt jedenfalls, daß sie ihn haben, denn darauf kommt es für sie an."

„Eine Arbeiterpartei, die um theoretischer Erwägungen willen einen Teil der Arbeiterklasse, der ihre Hilfe braucht, in seinem Elend mit der „Hoffnung auf den Sozialismus" abspeist, wird wenig Aussicht haben, diese Arbeiter für ihre Grundsätze empfänglich zu machen . . ."

„Wir haben zu tun, was nötig ist, um das Elend der Armen zu lindern — wenn es geht, in einer Weise, die ihre Gedanken in unsere Richtung lenkt; geht das aber nicht, dann tun wir es immerhin, weil wir nicht ein Haufen Politiker, sondern das darbende Volk selbst mit seinem berechtigten Streben sein müssen, dem Streben, sich schon jetzt auf dem Boden der bestehenden Gesellschaft das Nötige zu verschaffen."

„Sorgt dafür, daß er (der Arbeiter) Boden besitzt; wie er ihn bearbeiten wird, kommt erst in zweiter Linie in Betracht; zuerst Leben, dann die Theorie."

Das Parlamentsmitglied Van Kol sagte in seiner Rede:

„Wir (die Fraktion) haben auch unser Studium und unsere Erfahrung und fordern dafür Respekt. Unser agrarisches Programm hat die Feuerprobe bestanden. Als Parlamentsfraktion erklären wir, daß wir davon keinen Zoll breit abweichen werden. Dieser Feuerprobe haben wir unseren Sieg zu verdanken."

Trotz des heftigen Widerstandes der Revisionisten wußten wir schließlich, zuerst in einer dazu eingesetzten Kommission, mit unserer Auffassung durchzudringen. Auch Troelstra gab den Widerstand auf. Auf dem Haager Parteitag 1905 wurden diese beiden Punkte aus dem agrarischen Programm gestrichen. Das war der erste Konflikt und der erste Sieg des Marxismus. Aber auch sein einziger Sieg.

Die Schulfrage.

Der nächste Kampf drehte sich um staatliche Subventionen an religiöse Schulen. In Holland gibt es deren sehr viele, nicht nur katholische, sondern auch protestantische, namentlich calvinistische Schulen. Als die liberale Partei noch für ihre Grundsätze kämpfte, verweigerte sie diesen Schulen staatliche Zuschüsse; der Staat sollte bloß für öffentliche „neutrale", nicht-religiöse Schulen sorgen. Aber nach einem zähen Kampf gelang es den Calvinisten, staatliche Zuschüsse für ihre Schulen durchzusetzen. Als der Klassenkampf des Proletariats aufkam, betrachteten die Liberalen, wie überall, die Religion immer mehr als ein notwendiges Bollwerk des Kapitalismus, und sie haben ihren Widerstand gegen die religiösen Schulen allmählich aufgegeben.

Die Revisionisten haben nun die S. D. A. P. auch dazu gebracht, der Subventionierung kirchlicher Schulen zuzustimmen. Auf dem Groninger Kongreß im Jahre 1902 wurde folgende Resolution angenommen:

„Der Parteitag stellt an den Staat die Forderung, dafür zu sorgen, daß überall allgemeiner, obligatorischer, unentgeltlicher, genügender Volksschulunterricht gegeben werde,

erachtet dafür die Hebung des Niveaus der Volksschule notwendig, unter Zahlung aller Kosten und unter sachverständiger Aufsicht durch den Staat,

konstatiert, daß ein größerer Teil der arbeitenden Klasse in den Niederlanden für ihre Kinder religiösen Unterricht fordert, und erachtet es für unerwünscht, ihnen dabei entgegenzuwirken, weil die Sozialdemokratie die ökonomische Einigkeit der arbeitenden Klasse gläubigen und ungläubigen Kapitalisten gegenüber nicht wegen theologischer Gegensätze zu zerstören hat,

stellt an die kirchlichen Schulen dieselben materiellen Forderungen wie an die weltlichen, auch in bezug auf die Lage der Lehrer,

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

deren Selbständigkeit, wie auch die Freiheit der Eltern in der Wahl der Schule, vom Staate garantiert werden muß,

und spricht sich nur bei völliger Erfüllung dieser Bedingungen für Maßnahmen aus, welche auf Gleichstellung der kirchlichen mit der weltlichen Schule abzielen."

Wenn also die Schule den aufgezählten Forderungen genügt (und es ist nicht unmöglich, daß eine klerikale Regierung es mit ganzer oder halber Hilfe der Liberalen einmal so weit bringt), so heißt die S. D. A. P. es gut, daß die religiöse Schule nicht nur subventioniert wird, sondern — vergleiche den zweiten Absatz der Resolution — vom Staate ganz bezahlt wird.

Wir brauchen aus den Diskussionen nichts hinzuzufügen, die Resolution selbst spricht klar genug. Es versteht sich, daß die Mehrzahl der Marxisten ihr scharf entgegentrat.

Mit dieser Resolution hat die Partei den ersten Schritt auf dem Wege zum Reformismus gemacht; sie bedeutet einen Bruch mit dem revolutionären Programm, dessen Forderung: Trennung von Staat und Kirche, gewiß ganz etwas anderes bedeutet als Staatsgelder für kirchliche Schulen.

Der Eisenbahnerstreik.

Ein anderer bedeutender Streitfall brach infolge des bekannten Eisenbahnerstreiks im Jahre 1903 aus. Die Tatsachen waren folgende: Nachdem die Eisenbahner durch einen plötzlichen spontanen Streik am 31. Januar erzielt hatten, daß sie bei dem Streik der Hafenarbeiter keine Streikbrecherdienste zu leisten hätten, und die Anerkennung ihrer Organisation errungen hatten, drohte die Regierung mit Knebelgesetzen, die einen Streik unmöglich machen würden. Die Arbeiter errichteten ein Abwehrkomitee, dem sich auch die S. D. A. P. anschloß. Im Namen der Partei schlug Troelstra in der Versammlung am 20. Februar eine Resolution vor, in der die Arbeiter „Kenntnis von der Erklärung der Eisenbahner nehmen, daß sie zur Abwehr eines Gesetzes, das die Streikfreiheit antastet, die Arbeit niederlegen wollen, daß sie Kenntnis nehmen von der Erklärung der Transportarbeiter und der anderen Gewerkschaften, daß sie in diesem Fall auch streiken werden", ein Abwehrkomitee errichten und das ganze niederländische Proletariat aufrufen, sich damit solidarisch zu erklären.

Troelstra, der Führer der Partei und Chefredakteur ihres Tageblatts „Het Volk", war es, der immer wieder in seinen Artikeln die Arbeiter anfeuerte, „sobald ihre Gewerkschaft den Streik proklamierte, einmütig die Arbeit einzustellen"; der den Arbeitern vor Augen führte, daß dies „ihre Feuertaufe werde"; der sie aufforderte, „alles bereit zu halten, damit auf den ersten Ruf des Abwehrkomitees ein Riesenstreik zeige, daß der holländische Arbeiter lieber zu Grunde geht, als sich unter den Fuß treten zu lassen. Jetzt geht es nicht mehr anders als Hart gegen Hart — dieser Schurkenstreich nötigt zu allen gesetzlichen Mitteln der Abwehr und des Widerstandes".

Aehnlich in vielen anderen Artikeln.

Als ihm aber bekannt geworden war, daß die Aussichten eines zweiten Streiks nicht günstig waren, empfahl derselbe Führer plötzlich, ohne davon dem Parteivorstande der S. D. A. P., der zum Komitee gehörte, oder dem Komitee selbst etwas mitzuteilen, auf eigne Faust den Arbeitern, den Gedanken eines politischen Streiks gegen die Knebelgesetze aufzugeben und nur noch, wo es möglich sei, für ökonomische Forderungen zu streiken. Dieser Ratschlag war desorganisierend, weil die S. D. A. P. einen Teil des Komitees bildete und nicht auf eigne Faust den Beschlüssen des Komitees entgegentreten dürfte; er war schwächend, weil er keine andere praktische Wirkung haben konnte, als die Arbeiter mutlos zu machen; er war dazu unpraktisch, weil es in diesem Stadium des Kampfes für die Regierung keinen Unterschied machte, ob die Arbeiter ihren Streik politisch oder ökonomisch nannten. Durch die Entwicklung der Tatsachen selbst war dies gleichbedeutend geworden.

Infolge dieser Haltung Troelstras brach ein dritter Streit zwischen ihm und den Marxisten aus. Der Charakter des Revisionismus, alles von den Taten eines einzelnen fähigen und gewandten Politikers zu erwarten, war in dem Auftreten Troelstras zu klar ans Licht getreten, um nicht von Genossen, wie Van der Goes und Henriette Roland Holst erkannt und kritisiert zu werden.

Es haben noch andere Zusammenstöße der beiden Richtungen stattgefunden, aber wir glauben, uns mit den angeführten begnügen zu können, um Ihnen, Parteigenossen, einen Einblick in die Anfänge des Kampfes zu geben.

Die Kampfesweise der Revisionisten.

Nach diesem letzten Zusammenstoß fängt eine neue Phase des Kampfes an, beginnt die eigenartige Kampfesweise der Revisionisten gegen die Marxisten, die schließlich zu der jetzigen Spaltung geführt hat. Zum Verständnis dieser Entwicklung ist es nötig, zuerst auf einen im Obenstehenden noch nicht erwähnten Charakterzug des bisherigen Kampfes aufmerksam zu machen.

Von Anfang an hat Troelstra, der Führer der Revisionisten, versucht, in die Diskussionen über die Parteitaktik eine persönliche Note zu bringen. Von Anfang an, aber in immer stärkerem Maße, hat er es dargestellt, als ob der Kampf der Marxisten gegen seine Person gerichtet sei, beklagte er sich, daß man ihn aus seiner Führerstelle verdrängen wolle, und stellte er die Vertrauensfrage. Gegen die sogenannte „Nieuwe Tyd"-Gruppe, die Redakteure der Monatsschrift „De Nieuwe Tyd", Henriette Roland Holst, Van der Goes, Hermann Gorter, gegen Pannekoek, gegen alle, die für den Marxismus gegen den Revisionismus auftraten, hat er das Argument benutzt, daß sie nur gegen seine Person kämpften, daß er der Zielpunkt ihrer Angriffe sei, und daß man ihm als Führer kein Vertrauen entgegenbringe.

Diese persönliche Art hat von Anfang an den Kampf der beiden Richtungen vergiftet und ihn für uns außerordentlich schwierig gemacht.

Sie sollen dabei bedenken, Genossen, daß die Arbeiterbewegung in Holland noch immer in ihren Anfängen steckt, und noch immer nicht die Massen umfaßt, weshalb hier das persönliche Element in dem Kampf nicht durch die breiten Züge eines Massenkampfes verwischt, sondern im Gegenteil durch die kleinen Verhältnisse zugespitzt wird — und daher viel gefährlicher ist.

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

Die Marxisten ihrerseits, Roland Holst, Pannekoek, Van der Goes, Gorter, haben sich immer von dieser Kampfesweise freigehalten. Dann und wann mag ein zu scharfes Wort gefallen sein, aber nie haben sie einen Angriff auf bestimmte Personen gemacht oder versucht, als nur insoweit die Personen Vertreter eines bestimmten Prinzips oder einer bestimmten Taktik waren.

Es liegt ja im Charakter der Theorie und der Praxis, die sich an den Namen Marx knüpft, sich dermaßen mit den Tatsachen zu begnügen, daß sie nicht nötig hat, Personen anders, denn als Träger einer Taktik oder eines Prinzips zu betrachten und anzugreifen.

Aber von der anderen Seite wurde anders verfahren. Einige Beispiele mögen zur Illustration dienen. Troelstra versuchte die agrarischen Anträge Gorters, bei denen dieser sich auf Kautsky stützte, auf dem Kongreß von 1901 durch den Vorwurf zum Scheitern zu bringen, Gorter habe bei Ausländern Hilfe gegen ihn, Troelstra, gesucht; aber er wolle sich nicht zu Füßen des Propheten (Kautsky) niedersetzen usw. Als Frau Roland Holst die Schulpolitik der Revisionisten angriff, wurden ihre Worte dahin ausgelegt, daß sie diese der Jagd auf Parlamentsmandate bezichtigte. Als wir Troelstras Haltung während des Eisenbahnerkampfes kritisierten, wurde gesagt, daß solche Angriffe nur dann gemacht würden, „wenn man jemand für die Partei schädlich erachtet und ihn also los werden will".

So wurde damals schon der Kampf mit vergifteten Waffen geführt. Aber immer gelang es uns, wenn auch mit großer Mühe, die Diskussionen auf den sachlichen Boden zurückzuführen und durch die Kraft unserer Argumente, die wir der Marxschen Theorie entnahmen, wenigstens einen bedeutenden Teil der Partei auf unsere Seite zu bringen.

Seitdem hat sich die Taktik der Revisionisten den Marxisten gegenüber völlig geändert. Sie haben die sachliche Diskussion aufgegeben und die häßliche Art des Kampfes mit persönlichen Argumenten, der Verdächtigung der Absichten und der gewaltsamen Unterdrückung der freien Meinungsäußerung immer mehr und schließlich völlig eingeschlagen. Das geschah in der Utrechter Resolution. Die Umstände, durch die diese Resolution zu stande kam, wollen wir jetzt erörtern.

II. Vor dem Utrechter Kongreß.

Der Haager Kongreß 1905.

Die Kampagne, die der Führer der Parlamentsfraktion, Troelstra, vor dem Utrechter Kongreß gegen die Marxisten geführt hat, knüpft an die Vorgänge auf dem Haager Kongreß im Jahre 1905 und an die marxistische Kritik der Parlamentswahlen desselben Jahres an.

Dieser Kongreß hatte sich, wie die früheren, mit der Redaktion des Zentralorgans „Het Volk" zu befassen. Infolge der Angriffe, die Troelstras Haltung während des Eisenbahnerkampfes nicht nur von den Marxisten, sondern von den verschiedensten Seiten der Partei erfahren hatte, legte er im Herbst 1903 die Chefredaktion nieder; an seiner Stelle war P. L. Tak gewählt worden. Dieser gab vor dem Haager Kongreß seine Absicht kund, zurückzutreten und Troelstra sollte, wie später erst bekannt wurde, vom Parteivorstand

als sein Nachfolger vorgeschlagen werden. Aber auf dem Haager Kongreß erklärten sich so viele Delegierte der verschiedensten Richtungen mit der Redaktionsführung Taks einverstanden, daß dieser erklärte, im Amte bleiben zu wollen. Zwar hatten all diese Delegierten zugleich darauf gedrängt, daß durch eine feste rege Mitarbeit Troelstras das Zentralorgan noch besser werden sollte. Als aber Tak ihn dazu nach dem Kongreß aufforderte, erhielt er von Troelstra eine schroffe Absage. Troelstra wollte nicht, wie er schrieb, weil er sich durch die Diskussion über die Redaktion verkannt fühlte und die Kongreßdelegierten über ihn verfügt und dadurch seine Persönlichkeit verletzt hätten. Das Interesse der Partei kam also keinen Augenblick in Betracht, nur persönliche Motive dienten dazu, seine Mitarbeit zu verweigern. Aber derselbe Mann ruft später am lautesten über Dienstverweigerung und Mangel an Disziplin bei anderen.

Die Hauptfrage, die der Haager Kongreß zu behandeln hatte, bildeten die nächsten Parlamentswahlen. Von marxistischer Seite wurden warnende Stimmen laut, dafür zu sorgen, daß die Haltung der Partei nur durch das allgemeine Klasseninteresse des Proletariats bestimmt werde. Dieses Klasseninteresse erforderte, daß bei den Stichwahlen nur diejenigen bürgerlichen Kandidaten unterstützt werden sollten, die sich für das allgemeine gleiche Wahlrecht erklären würden, das die sozialdemokratische Fraktion 1903 in einem Gesetzantrag formuliert hatte. Es handelte sich darum, daß die Arbeiterpartei sich in dem entscheidenden Moment nicht durch eine antiklerikale Strömung mitschleppen ließe. Diese Gefahr lag nahe, weil die klerikale Kuyper-Regierung sich bei den Arbeitern äußerst verhaßt gemacht hatte, weil sie gegen den Eisenbahnerstreik so scharf aufgetreten war, wie jede kapitalistische Regierung in einem solchen Fall auftreten würde — sie war dabei auch von den Liberalen unterstützt worden. Es handelte sich also darum, daß nicht ein Kampf gegen eine bestimmte kapitalistische Partei, sondern gegen den Kapitalismus geführt werde, und daß der Neigung der kleinbürgerlichen und kleinbäuerlichen Elemente, sich durch die Schlagwörter der bürgerlichen Demokratie betören zu lassen, nicht nachgegeben würde. Es handelte sich darum, daß die Partei den Arbeitern bei jeder Gelegenheit vor Augen stellte, daß ihre Feinde zur linken wie zur rechten Seite im Parlament saßen, und daß nur dieses einzige Kriterium bei der Wahl zwischen zwei bürgerlichen Kandidaten ausschlaggebend sein könnte: seid ihr bereit, den Arbeitern das allgemeine Wahlrecht zu geben?

Daß die Furcht der Marxisten nicht unbegründet war, hatten die Wahlen für die Provinzialstaaten dargetan, bei denen die Liberalen gegen Kuyper von der Partei unterstützt wurden. Ihre Ansichten drangen auf dem Kongreß durch und auch Troelstra stellte sich auf diesen Standpunkt. Eine Resolution wurde angenommen, deren Schlußsatz lautet:

> „(die Partei) erklärt, bei den Stichwahlen nur diejenigen Kandidaten unterstützen zu wollen, die sich für die Dringlichkeit des allgemeinen Wahlrechts erklären."

Die Stichwahlen.

Bei den Stichwahlen stellte sich heraus, daß die Gefahr, die die Marxisten auf dem Haager Kongreß befürchteten, kein Hirngespinst war.

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

Sofort nach dem ersten Wahlgang zeigte sich, daß die Kuyperregierung fallen könnte, wenn nur die sozialdemokratischen Wähler alle Liberalen unterstützten. Statt sich an die Kongreßresolution zu halten, schlugen die führenden Organe der Partei („Het Volk", der Parteivorstand, die Fraktion) den Weg ein, vor dem die Marxisten gewarnt hatten. Der Sinn der Resolution war dieser, daß die Partei dort, wo ein liberaler und ein klerikaler Wahlrechtsgegner um das Mandat stritten, den Wählern Stimmenthaltung empfehlen sollte. Statt dessen wurde die Resolution so ausgelegt, daß den Wählern freigestellt wurde, nach eigener Ansicht zu stimmen, was natürlich praktisch bedeutete und auch bewirkte, daß fast alle sozialdemokratischen Wähler die Liberalen aller Schattierungen unterstützten.

Als diese Mißachtung des Kongreßbeschlusses von einigen Marxisten (am schärfsten von Pannekoek) kritisiert wurde, fand Troelstra darin einen willkommenen Anlaß, über die Kritik mit den höhnendsten Ausdrücken herzufallen. Er hatte bemerkt, wie bei der Masse der Arbeiter infolge dieser Kritik eine gewisse Mißstimmung gegen die Marxisten herrschte und benutzte die Gelegenheit, diese Stimmung zu schüren und mit seinen Gegnern abzurechnen. Er schrieb:

„Es ist bezeichnend für die Stumpfheit und den Dünkel eines sich an eine Formel klammernden Auchpolitikers wie Pannekoek, daß alles dies (die Gründe, die für die befolgte Taktik sprachen) sich seinen Blicken entzieht, und daß er die Wähler, die dieses Resultat zustande brachten, wie dumme Buben, die ihre Lektion nicht kennen, ablanzelt. . . ."

Und weiter:

„Wo es sich jetzt herausstellt, daß das Mißtrauen gegen die Parteiführer bei diesen Leuten zu einer Manie wird und dadurch eher gestärkt als verringert wird, wird die Partei auf dem nächsten Kongreß sich darüber scharf und deutlich aussprechen müssen, damit die Vertrauensleute der Partei weiterhin wissen, daß sie trotz der Anzapfungen und Verdächtigungen, die in den letzten Jahren gegenüber den gewählten Führern der Partei angewandt wurden, und die den Ton der Parteidiskussionen verdarben, das volle Vertrauen der Partei besitzen. Das wird jedem Parteivorstand die Kraft und die Luft geben, in solchen Fällen wie der heutige die volle Verantwortlichkeit auf sich zu nehmen."

Troelstra beschränkte sich nicht auf die Stichwahlen, sondern ließ, daran anknüpfend, eine Reihe von Artikeln in „Het Volk" erscheinen; darin faßte er all seine Beschwerden gegen die „Nieuwe Tyd"-Gruppe zu einer langen Anklageschrift zusammen und forderte von der Partei Aufhebung dieser Beschwerden, sonst würde er seine Arbeit für die Partei einstellen müssen. Mit diesen Artikeln brachte er den Kampf gegen die Marxisten völlig auf das persönliche Gebiet hinüber; er beschuldigte sie, den Kampf immer gegen ihn und oft mit unehrlichen Mitteln im Verborgenen geführt und damit die Partei desorganisiert zu haben.

Troelstra gegen den Parteivorstand.

Nach dem Haager Kongreß war aus den Urwahlen ein Parteivorstand hervorgegangen, in dem eine Mehrheit von Marxisten (Gorter, Wynkoop, Mendels, Loopuit, wozu später noch Wibaut

hinzukam) saßen. Dieser Parteivorstand gefiel dem Führer der Fraktion nicht, weil er zuviel unter dem Einfluß der „Dogmatiker" stand. Als der Parteivorstand ihm bei seiner weiteren Aktion im Wege stand, hat der Befürworter des Vertrauens in die gewählte Parteileitung einen Feldzug gegen die Parteileitung eingeleitet und sie bei jeder Gelegenheit herabgesetzt.

Troelstra machte dem Parteivorstand den Vorschlag, daß die Partei, um die neue liberale Regierung, die nur mit Unterstützung der Sozialdemokraten regieren konnte, auf dem Weg der Reformen vorwärts zu treiben, „selbst ein Programm direkter Forderungen aufstellen, ausarbeiten und formulieren, und bei der Regierung auf ihre Verwirklichung drängen" sollte, und dafür eine Agitation beginnen sollte. Der Parteivorstand ging auf diesen Vorschlag, der von dem Glauben diktiert war, daß von dieser Regierung auf dem Wege der rein parlamentarischen Aktion Bedeutendes zu erhalten sei, nicht ein.

Im Namen der „Nieuwe Tyd"-Gruppe hatte Van der Goes die scharfen Angriffe Troelstras erwidert, und beide hatten sich damit einverstanden erklärt, daß der Parteivorstand die Anschuldigungen und Beschwerden Troelstras untersuchen ließ. Der Parteivorstand führte selbst die Untersuchung, fand die Beschuldigungen grundlos und veröffentlichte einen Bericht, der zu Gunsten der Marxisten sprach; Troelstra bezeichnete dann diesen Bericht als Mönchsarbeit ohne Wert.

Die neue Regierung hatte als erste wichtigste „Sozialreform" eine Vorlage zu einem Gesetz über den Arbeitsvertrag in Angriff genommen, die die klerikale Regierung ihr hinterlassen hatte. Gegen diese Vorlage, die den Arbeitern das Streikrecht sehr erschweren würde, hatten die Gewerkschaften und die Partei zusammen eine scharfe Agitation geführt. Das gefiel den Parlamentariern nicht, die die Vorlage nach ein paar kleinen Abschwächungen nicht so schlecht fanden. Schaper ließ sich herabsetzend aus über „die traurige Art und Weise, in der die über die Vorlage zur Regelung des Arbeitsvertrages in der Partei herrschenden Ansichten zu stande gekommen und geblieben waren". Man soll dabei bedenken, daß die Richtigkeit der scharf ablehnenden Haltung der Arbeiterklasse durch die Tatsachen glänzend bestätigt wurde, als das Gesetz in Wirkung treten sollte. Gerade in diesem Augenblick führen die Gewerkschaften einen scharfen Kampf gegen die Arbeitsverträge, die die Unternehmer nach den Vorschriften des Gesetzes feststellen und den Arbeitern aufzwingen wollen. Damals aber äußerte sich Troelstra in ähnlicher Weise wie Schaper und erklärte im Parlament (9. März 1906), „daß er es erwünscht erachtet hätte, wenn nach dem Bekanntwerden des neuen Entwurfes die Agitation eine andere Richtung genommen hätte". Er verleugnete den bürgerlichen Parlamentariern gegenüber die Agitation in der scharfen Form, wie sie von den Gewerkschaften mit Unterstützung der Partei geführt worden war. Der Parteivorstand erklärte nun, er habe mit Staunen Troelstras Aeußerung erfahren, weil dieser, bis 31. Mai 1905 Mitglied des Parteivorstandes und von Mitte Oktober 1905 bis Mitte Januar 1906 Delegierter der Fraktion im Parteivorstand, nie mitgeteilt hatte, daß er auf einem anderen Standpunkt stehe, als mit seiner Mitwirkung der Parteivorstand und die Partei eingenommen hatten. Troelstra antwortete mit einem „Ein schlechtes Beispiel" überschriebenen Artikel

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

im Zentralorgan (15. März 1906), in dem er den Parteivorstand wegen dessen unmotivierten Auftretens ablanzelt und erklärt, „aus dem in eine Sackgasse Geraten der Agitation und dem daraus hervorgehenden Konflikt zwischen dem Agitationskomitee und der Fraktion die nötigen Lehren in Bezug auf die Leitung und die Organisation der Partei ziehen zu wollen". Was er damit meinte, wird sich am Schluß des nächsten Kapitels zeigen.

Einen anderen Anlaß, den Troelstra benutzte, die leitenden Organe der Partei anzugreifen, bot ein Bauarbeiterstreik in Amsterdam. In einem Artikel in „Het Volk" (3. Oktober 1905) beschuldigte er den Parteivorstand der „groben Nachlässigkeit" in dieser Sache und erklärte, daß der Organisation der Partei große Mängel anhafteten. Der Parteivorstand wies diese unerhörte Beschuldigung gegen die höchste Parteileitung mit Entschiedenheit zurück.

Die Schrift „Ueber Parteiführung".

Als Schluß dieser Kampagne erschien einige Wochen vor dem Utrechter Kongreß eine 150 Seiten starke Schrift von Troelstra „Ueber Parteiführung". Schon der Name zeigt, von welcher Auffassung sie getragen wurde. In dem ersten Abschnitt werden nacheinander die Fragen behandelt, bei denen es Differenzen gegeben hatte: die Agrarfrage, die Schulfrage, die Streikbewegung, unter der gemeinsamen Ueberschrift: „Ein Kampf um die Führung". Und am Schluß der Behandlung der Agrarfrage wird es noch klarer ausgedrückt:

„Nur, wenn man sich einmal entschlossen hat, im Interesse der Partei oder aus persönlichen Gründen ihn (den Führer) von seinem Platze zu drängen, ihn bei der Partei und dem Publikum zu diskreditieren und ihn durch einen anderen zu ersetzen, ist eine solche Taktik die einzig richtige.

Ich hatte von jenem Augenblick an den Eindruck, daß meine Chefredaktion von jener Seite nicht mehr gewünscht wurde und aus dem, was sich später ereignete, ist mir die Richtigkeit dieser Meinung vollkommen klar geworden." (S. 22.)

Nach der Auffassung des Verfassers handelte es sich also nicht um sachliche Diskussionen, die nötig waren, damit die Masse der Partei selbständig ihre Entscheidung treffen könnte, sondern um einen Kampf zwischen Personen oder Gruppen, die sich um die Führung der Partei raufen — eine Auffassung, die sich völlig auf dem Boden des bürgerlichen Parlamentarismus bewegt, mit seinem Gegensatz von Führer und geführter Masse, die nur den richtigen Führer zu wählen hat.

„Ich kann leicht beweisen, daß die „Nieuwe Tyd"-Gruppe mir durch ihre unzeitgemäßen und unüberlegten Angriffe in den kritischsten Momenten die Führung der Partei unmöglich gemacht hat."

„Daß man, wenn so etwas stattfand, und kein Grund zu der Annahme vorliegt, daß es in der Zukunft ausbleiben wird, am liebsten seine Arbeit aufgibt, kann ein Kind verstehen." (S. 9.)

„Daß man unter solchen Umständen die Lust zur Arbeit verlieren kann . . . wird jedem Vorurteilslosen klar sein." (S. 9.)

Die für die Klärung der Ansichten nötige Kritik soll also aufhören, weil „der Führer" dadurch seine Arbeitslust verliert und davon das Heil der Bewegung abhängt.

Aber nicht nur hatte man ihm durch Kritik die Arbeitslust verdorben, sondern er beschuldigte die „N. T."-Gruppe, ihn absichtlich und bewußt aus der Leitung verdrängt zu haben. Ein bedeutender Teil der Broschüre ist einer lächerlichen Beschreibung eines Komplotts gewidmet, wie die „N. T."-Gruppe ihn auf dem Haager Kongreß durch geheime Intrigen und mit unehrlichen Mitteln aus der Redaktion ferngehalten habe. Diese Darstellung kennzeichnet die Art der Kampagne, die Troelstra gegen die Marxisten führt.

Die von ihm bekämpfte marxistische Taktik wird als Dogmatik oder Doktrinarismus bezeichnet:

„den einseitigen Doktrinarismus, der auch jetzt noch beschäftigt ist, in der deutschen Partei solche Verheerungen anzurichten und das Parteileben zu verderben. . . ." (S. 8.)

Ihm wird immer wieder das „natürliche Empfinden" der Arbeiter gegenübergestellt, und werden die Vertreter der marxistischen Taktik als weltfremde Dogmatiker, wenn nicht schlimmer verhöhnt. So schrieb Troelstra über die Haager Stichwahldebatten:

„Was mich auf dem letzten Kongreß so unangenehm berührte, waren die Erscheinungen, die bewiesen, daß dieser Geist (der Dogmatik) schon mehr als erwünscht war, die Diskussion über unser politisches Auftreten (die Stichwahlen und die stattgefundenen Wahlen der Provinzialstaaten) beherrschte. Pannekoek schmiedete aus der natürlichen Tatsache, daß wir bei den Provinzialwahlen dort, wo wir keine eigene Kandidaten stellten, die Liberalen gegen Kuyper unterstützen mußten, den Vorwurf der Unehrlichkeit gegen den Parteivorstand, der in seinem Manifest dieser Tatsache Rechnung getragen hatte. Sannes und andere suchten uns eine Stichwahltaktik aufzudrängen, die das elementarste Empfinden der sozialistischen Arbeiter, ihren Haß gegen Kuyper, als etwas Unerlaubtes unberücksichtigt ließ, und Mendels weckte die Lachlust durch seine wiederholten Aenderungen des Standpunktes in derselben Rede, die dem Drang entstammten, dem Ideal dieser dogmatischen Politik sich möglichst zu nähern. Hier hatte nicht eine Wirklichkeitspolitik das Wort, die die Tatsachen zum Ausgangspunkt nimmt; hier war im Voraus die möglichst schroff lautende Schlußfolgerung fertig, zu der allein man infolge einer unfertigen Auffassung des Klassenkampfes kommen durfte; und zu dieser Schlußfolgerung waren nachher die Argumente, die diesen Schluß stützen sollten, zusammengesucht worden." (S. 81.)

Der vom Autor verfochtene nicht dogmatische, sondern der „nationalen" Eigenart angepaßte Sozialismus ergibt sich aus folgender Schilderung:

„Die Partei soll sich über die Hauptsache unseres Streites aussprechen: über die Weise, wie sie geführt werden will. Will sie dabei von der Wahrheit ausgehen, daß in unserem kleinen Holland weder die ökonomische Struktur, noch der religiöse und zum Teil kleinbürgerliche Charakter des Proletariats die Bedingungen zu einer politischen Arbeiterbewegung bieten, die in marxistischer Reinheit und ultrarevolutionärer Gesinnung sogar der Sozialdemokratie industrieller Länder gleichkommt? Will sie, daß wir eine Bewegung anstreben sollen, wie sie in einem Land wie dem unsrigen sein muß — einigermaßen idealistisch, der religiösen Gesinnung der Masse unserer Arbeiter Rechnung tragend, nicht das Auge für den Arbeitern verwandte Gruppen schließend,

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

die Gegensätze zwischen den bürgerlichen Gruppen ausnutzend?*) Oder will sie, unzufrieden darüber, daß die Tatsachen in unserem Lande nicht ganz dem entsprechen, was die Theorie in ihrer einfachsten Gestalt und schulmäßigen Auffassung lehrt, eine sozialistische Bewegung gewaltsam herbeiführen, nach künstlichen Ultras hintreiben, der Partei einen Ton, einen Geist und eine Taktik aufzwingen, die ihrem Wesen fremd bleiben, und sie zu einem Propagandaklub einander befehdender Redner und Autoren zusammenschrumpfen lassen? Wird die Partei über den wirklichen Arbeitern schweben, in einem geträumten Luftproletariat wurzelnd, oder, wie sie von dem Anfang ihres Auftretens und ihrer Aktion in Parlament und Gemeinderäten bewirkt hat, immer tiefer in das wirkliche Leben unseres Volkes dringen?

Ich weiß bestimmt, daß die große Masse der Partei in diesen Sachen einstimmig mit mir denkt. Aber laß sie es dann aussprechen. Laß sie nicht zaudern, zu sagen, was der entwickelte, den Klassenkampf führende holländische Arbeiter will. Laß sie dem dogmatischen Treiben, bevor es zu spät ist, einen Riegel vorschieben." (S. 96.)

Diese Aufforderung an die noch mangelhaft durchgebildete Masse der Partei, die von einer wirklich marxistischen Praxis und Taktik keine Ahnung hatte, den Befürwortern dieser Taktik das Schweigen aufzulegen, war nicht mißzuverstehen. Sie wurde auf dem Utrechter Parteitag prompt befolgt.

Die Schlußfolgerung, die Troelstra schließlich aus allen persönlichen und sachlichen Beschwerden gegen die Marxisten zog, bestand in einem Vorschlag zur Reorganisation der Partei. Die Parlamentsfraktion, „die die Partei repräsentiert, zwar nicht offiziell, aber faktisch, im Parlament, also in der praktischen Politik", soll in der offiziellen Parteileitung eine einflußreichere Stellung bekommen. Der bestehende Zustand, daß die Fraktion, wenn nicht zwei ihrer Mitglieder im Parteivorstand sitzen (nach den Statuten der Partei dürfen nicht mehr als zwei Parlamentsmitglieder zugleich Mitglied des Parteivorstandes sein) das Recht hat, durch zwei Delegierte, die an den Diskussionen teilnehmen, aber nicht mitstimmen, allen Parteivorstands-Sitzungen beizuwohnen — dieser Zustand genüge nicht:

„Die Kammerfraktion selbst soll meines Erachtens über politische Entscheidungen und Aeußerungen des Parteivorstandes nicht nur Gutachten abgeben, sondern darüber, wie auch die Redaktion des Zentralorgans, praktisch und verantwortlich mit entscheiden. Die politische Führung der Partei, also jeder großen Bewegung, soll in den Händen eines aus Parteivorstand, Kammerfraktion und Chefredaktion, den drei allgemeinen Parteiorganen, die an diesen Bewegungen Führung und Ausführung geben müssen, gebildeten Allgemeinen Rates beruhen." (S. 101.)

Da nun die Redaktion des Parteiorgans „am Besten unter der persönlichen Verantwortlichkeit des angesehensten politischen Führers der Partei geführt werden kann, wenn dieser über die journalistische Fähigkeit verfügt und Zeit hat", und Troesstra sich selbst laut seiner Juliartikel und seiner Broschüre offenbar als diesen angesehensten politischen Führer betrachtet, wird die Tendenz der Reorganisation klar. Sie bedeutet nichts anderes als die organisatorische Festlegung der

*) Diese Sperrung rührt vom Herausgeber her.

Diktatur der Parlamentsfraktion (deren Führer Troelstra ist) über die Partei. Ihre Bedeutung wird nicht dadurch verringert, daß sie nicht verwirklicht wurde. Sie wurde durch die Resolution, die auf dem Utrechter Kongreß angenommen wurde, überflüssig gemacht, da der damit gegen die Marxisten geführte Schlag Troelstra die Aufhebung seiner Beschwerden brachte.

Die Utrechter Resolution.

Troelstras Broschüre war einige Wochen vor dem Kongreß erschienen; „Het Volk" hatte große Auszüge gebracht; man sah sie auf dem Kongreß in den Händen jedes Delegierten. Zeit zu ihrer gründlichen Widerlegung war nicht vorhanden: nur einige grobe Entstellungen der Wahrheit konnten nachgewiesen werden. Die „N. T."-Gruppe hatte meist in ihrer Revue und nur ausnahmsweise in „Het Volk" geschrieben; die meisten Delegierten wußten also nicht, was sie wirklich geschrieben hatten. Auch lagen die Ereignisse schon mehrere Jahre zurück, als viele der Partei noch nicht angehörten. Sie glaubten deshalb einfach alles, was in der Schrift stand; sie glaubten, daß in der Tat Troelstra und die Opportunisten die Opfer der ketzerjagenden Marxisten waren.

Unter solchen Umständen war es den revisionistischen Führern, Troelstra, Vliegen, Schaper, Tak, nicht schwer, eine Resolution zur Annahme zu bringen, die der marxistischen Kritik einen Riegel vorschieben sollte. Sie lautet:

„In Erwägung, daß seit einigen Jahren in der Partei die Erscheinung zu konstatieren ist, daß systematisch auf bestimmte Parteigenossen der Stempel der Prinzipienschwäche, des Opportunismus, des Revisionismus usw. gedrückt wird, von seiten anderer Genossen, die glauben dazu besonders befugt und verpflichtet zu sein, die Partei vor Versumpfung, vor Abweichung von der vom Prinzip vorgeschriebenen Linie usw. zu bewahren,

daß diese Erscheinung an der anderen Seite Widerstand hervorgerufen hat, der sich in gleich verletzenden Bezeichnungen gegen diese Genossen äußert,

daß dadurch die Einheit der Partei notwendig gefährdet wird,

bedauert der Kongreß diesen Mißbrauch der Kritikfreiheit, die in unserer Partei über jeden Zweifel erhaben steht,

und legt allen Genossen die Verpflichtung auf, die Kritik innerhalb solcher Grenzen zu halten, daß die Genossen untereinander die Würde und Einigkeit der Partei hochhalten."

Der erste Absatz, der ausdrücklich die Bezeichnungen aufzählt: Opportunismus, Revisionismus, die die Marxisten in ihrem Kampf gegen die Revisionisten anwenden müssen, war die Waffe, die Letztere jetzt zu ihrer Verfügung bekamen, um immer sofort und ohne sachliche Diskussion die Marxisten niederzuschlagen.

Dazu ist dieser Absatz der Resolution auch wirklich benutzt worden.

Wie aber Gewalt immer bei einer revolutionären Klasse wirkt, so hat sie auch hier gewirkt; sie hat neue Opposition geweckt, sie hat die Opposition durch ihre Kampfesweise auch zu kräftigerem Vorgehen gezwungen; so hat sie schließlich selbst das neue Organ der Marxisten, „De Tribune" erzeugt, die den Marxismus unter die Arbeiter brachte.

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

III. Nach dem Utrechter Kongreß.

Der neue Kurs.

Die Utrechter Resolution, die als Maulkorb gemeint war, zeigte sich dazu schon bald nach dem Kongreß sehr brauchbar.

Troelstra schrieb sofort nach dem Kongreß in „Het Volk", daß, „wenn Gorter wieder etwas über „Annäherung an die bürgerliche Demokratie" sagen würde, dieser Behauptung durch die Resolution der Stachel ausgezogen sein würde".

Einige im Vordergrunde stehenden Marxisten hatten in Utrecht ihre feste Mitarbeit für das Parteiorgan versprochen, das jetzt unter eine kollektive Redaktion kam, in der der im Ausland genügend bekannte, und von Troelstra selbst in einer Amsterdamer Rede (Weihnachten 1906) als Revisionist pur sang bezeichnete Genosse Vliegen die bedeutendste Persönlichkeit bildete. Aber diese festen Mitarbeiter wurden bei der ersten Gelegenheit brüsk abgestoßen.

Als Frau Roland Holst ihre Anschauungen über den französischen Radikal-Sozialismus äußerte, bezeichnete die Redaktion diese Auffassung sofort als wertlos, da die Autorin durch vorgefaßte Meinungen geblendet sei. Sie gab dann die Mitarbeit auf.

Nicht besser erging es Van der Goes, dem ersten theoretischen und praktischen Vorkämpfer der Partei. Die neue demokratisch-liberale Regierung hatte eine Gesetzesvorlage über Krankenversicherung eingebracht, die von „Het Volk" in einer Reihe von Aufsätzen sehr gelobt wurde. Van der Goes war anderer Auffassung; er lieferte eine scharfe Kritik der Mängel der Vorlage und wies darauf hin, daß sich hier an einem praktischen Beispiel zeige, daß die Meinungsverschiedenheiten in der Partei nicht bloß theoretischer Natur seien. Darauf antwortete Troelstra u. a.:

> „daß die Meinungsdifferenzen, die nach Van der Goes über diese Sache in der Partei angeblich bestehen, sich in Wirklichkeit nur bei ein paar Genossen finden, von denen wir nun einmal gewohnt sind, daß sie am liebsten nach schroffen Standpunkten suchen, die die Partei außerhalb des wirklichen Fühlens und Wünschens der Arbeiter stellen, anstatt ihre Aktion auf dieses zu gründen." („Het Volk", 8. Dez. 1906.)

Und die Redaktion äußerte sich darüber in folgender Weise:

> „Es wird jetzt versucht, den Kampf zwischen Marxismus und Revisionismus auf das Gebiet der praktischen Politik zu bringen. Das ist nicht schwer. Man braucht nur dafür zu sorgen, daß man über einen Punkt, der gerade auf der Tagesordnung steht, eine etwas weniger praktische Ansicht hat als die „revisionistische" Redaktion und der „revisionistische" Parteivorstand, und die Sache ist fertig. Mit einer Solidarität, die einer besseren Sache würdig ist, schließen sich die Marxisten zusammen, erklären ihre Meinung für marxistisch und die der anderen für antimarxistisch, und so haben wir die Meinungsdifferenzen in der Partei an einem praktischen Beispiel beleuchtet.
>
> Wir werden diese Handlungsweise nunmehr sofort niedriger hängen, wenn sie zuerst befolgt wird. Bei dem Zehnstundentag war sie nicht gelungen. Schon vor dem letzten Kongreß hatten die marxistischen Mitglieder des Parteivorstandes, die die Mehrheit bildeten, sich entschlossen, über eine Agitation für den Zehnstundentag ein ablehnendes Gutachten abzugeben. Aber durch den Verlauf des Kongresses war nichts daraus geworden." („Het Volk", 22. Dez. 1906.)

BIBLIOTH DE LA GUERRE MUSEE

Der Utrechter Kongreß hatte nämlich auch eine Resolution angenommen zur Einleitung einer Agitation für den Zehnstundentag. Sie entsprang der Idee, daß jetzt von der liberalen Regierung Reformen zu haben seien, wenn sie nur durch eine Agitation der Arbeiter vorwärts getrieben wird. Es wurde nicht hinzugefügt, daß diese Forderung nur einen Uebergang zum Achtstundentag — der in dem Programm der Partei steht — bilden sollte. Diese internationale und revolutionäre Forderung wurde fallen gelassen, um Unterstützung bei gewissen Gruppen liberaler Arbeiter zu finden. Das Zentralorgan schrieb darüber aus einem anderen Anlaß:

> „Der agitatorische Charakter einer von uns gestellten Forderung geht verloren, wenn die Masse davon sagen muß, daß sie eine vollständige Utopie ist. Deshalb hat der letzte Kongreß beschlossen, auch nicht sofort den Achtstundentag zu fordern, sondern mit dem Zehnstundentag anzufangen."

Die Marxisten kritisierten dieses Verfahren. Aber ihre Kritik wurde in derselben Weise vom Führer der Fraktion und von der Redaktion als „dogmatisch" und „unerlaubt" diskreditiert — sehr scharf u. a. auf einem von der Partei und dem Gewerkschaftsverband (N. V. V.) Himmelfahrt 1907 abgehaltenen Kongreß für den Zehnstundentag. Nun stand dazu noch die Taktik der Parteimehrheit, die liberale Regierung in dieser Weise zu Sozialreformen treiben zu wollen, in Widerspruch zu einer früher, auf dem Leeuwarder Parteitag 1899 von Troelstra selbst verteidigten und dort angenommenen Resolution, die besagte:

> „In Erwägung, daß das bestehende Wahlrecht, das darauf eingerichtet ist, die Arbeiterklasse größtenteils von der Wahlurne fernzuhalten, eine Regierung und ein Parlament hervorrief, die zwar an Sozialreformen herumpfuschen, aber durch Verschwendung des dritten Teils der Staatseinkünfte für den Militarismus und durch die Furcht, die Kapitalistenklassen zu treffen, jede finanzielle Verbesserung hintanhält,
> in der Ansicht, daß keine wirkliche Arbeitergesetzgebung zu stande kommen kann, solange die Arbeiterklasse nicht selbst durch die Einführung des allgemeinen Wahlrechts und durch seine zweckmäßige Anwendung ihre Interessen in der gesetzgebenden Macht wahrnimmt,
> protestiert der Kongreß gegen den Vorwand, die Regierung und die bürgerlichen Parteien wollen deshalb eine Wahlreform ruhen lassen, weil dadurch das Zustandekommen sozialer Reformen verzögert werde, während im Gegenteil gerade jede Sozialreform, die ohne Mitwirkung der Arbeiter zu stande kommt, die Gefahr für neue Benachteiligung der Arbeiterinteressen mit sich bringt."

Mit dieser Resolution stand der neue Kurs der Partei in der Zehnstundenagitation und der Krankenversicherung in Widerspruch. Die Marxisten, die auf dem Standpunkt dieser völlig richtigen Resolution standen, hatten also das Recht und die Pflicht zur Kritik. Mit welchem Resultat, haben wir dargetan.

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

Die Programmrevision.

Ein anderer Beweis für die Raschheit, mit der nach Utrecht die Parteimehrheit auf eine Aenderung der Taktik hinsteuerte, war ihr plötzliches Bedürfnis nach einer Revision des Parteiprogramms.

Wiederholt hatten hervorragende Mitglieder der Mehrheit (Troelstra, Schaper, Vliegen) das Parteiprogramm, das wesentlich dem Erfurter Programm gleich ist, in bestimmten wichtigen Punkten als unbrauchbar und veraltet verleugnet. Namentlich war das der Fall in bezug auf solche Punkte wie die Verarmung der Arbeiterklasse, die Zunahme der Krisen u. a.

Kurz nach dem Utrechter Kongreß ernannte der neue, revisionistische Parteivorstand plötzlich, ohne irgend einen Auftrag des Kongresses, ohne daß sogar im Haag oder in Utrecht über eine Revision des Programms geredet war, eine Kommission zur Revision des Parteiprogramms.

Er setzte damit die (revisionistische) Auffassung als Tatsache voraus, daß das Parteiprogramm einer Revision bedürfe. Damit stellte er das ganze Parteiprogramm auf schwankenden Boden, was umso schwerwiegender für ein Land und eine Zeit war, wo die äußerste bürgerliche Linke zur Regierungspartei gehörte und die schärfsten Angriffe auf die theoretische Richtigkeit der marxistischen „Dogmen" richtete, die unserem Programm zu Grunde liegen. Der Parteivorstand handelte damit aber auch undemokratisch, erstens weil er kein Recht hatte, eine so bedeutende Sache ohne bestimmten Auftrag eines Parteitages in Angriff zu nehmen, und zweitens weil die Kommission nicht auf demokratische Weise zusammengesetzt wurde.

Aus diesen Gründen weigerten sich, ohne etwas von einander zu wissen, nicht nur die für die Kommission ernannten marxistischen Mitglieder, sondern auch der revisionistische frühere Chefredakteur des Zentralorgans, Genosse Tak, an der Kommission teilzunehmen.

Der Parteivorstand, ohne auch nur einen Augenblick die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, daß diese Genossen wirklich alle in ähnlicher Weise das Parteiinteresse durch ihr Eintreten in eine solche Kommission geschädigt erachteten, verurteilte ihre Haltung als eine Brüskierung der Partei und eine absichtliche und überlegte kollektive Dienstverweigerung. Und Mitglied des Parteivorstandes, der über Dienstverweigerung anderer redete, war Troelstra! Darauf gaben die Angegriffenen in einem gemeinsam abgefaßten Manifest den Parteigenossen von ihren Gründen Rechenschaft.

Die übrigen ernannten Mitglieder der Kommission, die fast alle dem rechten Flügel der Partei angehörten, veröffentlichten vor dem nächsten Kongreß in Haarlem einen Bericht, in dem sie mitteilten, daß sie noch keine Vorschläge machen konnten, da die Aufgabe sich als zu groß herausstellte, namentlich weil einige Mitglieder so viele Bedenken hatten, daß dem nicht durch Umänderung einzelner Worte oder Absätze entsprochen werden konnte, sondern vielleicht eine ganz neue Fassung des Programms vorgeschlagen werden müßte. Damit wurde das bestehende Programm im Grunde außer Wirkung gestellt.

Welchen Geistes dieses neue Programm sein würde, erhellt am klarsten aus folgender Zusammenstellung von Bemerkungen, die dieser Bericht enthielt. Ihnen zu genügen wäre in der Tat eine ganz neue Fassung nötig, die der Bernsteinschen Kritik des Erfurter Programms entsprechen würde.

Im Programm komme, so wurde bemerkt, die von Marx und Engels anerkannte, dem Proletariat günstige Tendenz des proletarischen Kampfes nicht zu ihrem Recht. Daß die Arbeitslosigkeit zunehme, wie das Programm erklärt, wird nicht als erwiesen erachtet, während hinsichtlich der Krisen die Formulierung des Programms der Möglichkeit nicht genug Raum läßt, daß die Organisation der Produktion durch die Trusts u. a. die Krisen verringern kann. In Betreff der Betriebsbewegung in der Landwirtschaft wird das Programm für fehlerhaft erachtet, obgleich damit die Gewißheit des Sozialismus auch in der Landwirtschaft nicht beeinträchtigt wird. Hinsichtlich der Vermögensbewegung wurde der Satz, daß die Arbeitsmittel in die Hände einer immer kleiner werdenden Anzahl Personen kommen, nicht haltbar erachtet; da sollte nur von einer relativen Abnahme der Besitzenden geredet werden. Dagegen weist das Programm nicht darauf hin, daß die Enteignung (z. B. mittels Hypotheken) und die Macht des Kapitals auch in die Produktionsgebiete eindringt, wo der Kleinbetrieb noch Stand hält. Daß die Armut der Besitzlosen zunimmt, wird jedenfalls unrichtig geurteilt, abgesehen von der Frage, ob es erwünscht sei, einen relativ abnehmenden proletarischen Lebensstandard anzunehmen. Das historische Bild der ökonomischen Entwicklung in dem geltenden Programm wird verwirrt erachtet; es nimmt keine genügende Rücksicht auf den Unterschied zwischen dem ungezügelten Kapitalismus und dem Kapitalismus, in dem die proletarische Aktion als Gegentendenz wirkt. Auch wird im Programm mit Unrecht der Zusammenhang der Sozialdemokratie als politische Partei mit Gewerkschafts- und Genossenschaftsbewegung unerwähnt gelassen.

Weiter wurde bemerkt, daß im Programm mehrere übertriebenen und deshalb nicht haltbaren Ausdrücke vorkommen. So wird dort gesagt, daß die Arbeitsmittel sich in den Händen „einiger" Personen befinden, und daß es eine Klasse gibt, die „jedes" Besitzes bar und von der besitzenden Klasse „völlig" abhängig ist.

Der Untergang des Mittelstandes wird zu einförmig dargestellt erachtet, während das Programm dem Aufkommen eines neuen Mittelstandes keine Aufmerksamkeit schenkt und über die besondere Lage in der Landwirtschaft völlig schweigt.

Im allgemeinen, so wurde bemerkt, trägt das Programm zu wenig der psychischen Wirkung der ökonomischen Einflüsse in das Proletariat Rechnung, sowohl in bezug auf das Gefühl der Verelendung, wie auf das Erwachen der Kampfeslust.

Weiter wurde die Ansicht geäußert, daß im Programm hervortreten sollte, daß bei der Gruppierung im Klassenkampf zwar hauptsächlich das Interesse den Ausschlag gibt, aber daß es doch auch viele gibt, die entgegen dem eigenen Klasseninteresse und persönlichen Interesse die Partei der Arbeiter ergreifen.

Auch wurde der Wunsch nach einer Erklärung ausgesprochen, daß die Parteiangehörigkeit zwar auf das politisch-ökonomische System von Marx, aber nicht auf seine philosophischen Ansichten verpflichtet.

Schließlich gab es ein Element in der Kommission, das jetzt schon für sich selbst zu dem Schluße gekommen war, daß fast der ganze Gedankengang des Programms unrichtig sei, wenn es auch von einem richtigen Ausgangspunkt zu einem richtigen Schluß kommt.

Auf Grund der Tatsache, daß von einem oder mehreren ihrer Mitglieder so viele Bedenken gegen das bestehende Programm geäußert wurden, erachtete die Kommission es nicht für wahrscheinlich, daß ihre eventuellen Vorschläge sich nur auf die Abänderung einiger

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

Ausdrücke im Programm beziehen würden und ist sie zu der Einsicht gekommen, daß sie vor dem nächsten Kongreß nicht mehr mit einem Vorschlag zur Revision fertig werden kann.

Der Haarlemer Kongreß hat dann die Beschlüsse des Parteivorstandes bestätigt und darauf sind auch mehrere Marxisten in die Kommission eingetreten. Sie hat weiter wenig von sich hören lassen. Als in diesem Jahre vor dem Deventer Kongreß ein Mitglied der Kommission auf Fortsetzung der Arbeiten drang, gab Troelstra darüber als seine Ansicht, man solle erst warten, wohin die heutige Parteikrise führe, denn von der Zusammensetzung der Partei nach Beendigung der Krise werde es abhängen müssen, ob die Partei ein marxistisches, ein revisionistisches oder ein Kompromiß-Programm haben soll.

„Das Programm kann entweder orthodox-marxistisch, oder revisionistisch, oder ein Kompromiß beider Richtungen sein. Was von diesen drei es sein wird, hängt von der Zusammensetzung, den Absichten, dem Streben der Partei ab. Erst wenn diese sich darüber entschieden hat, auch weiterhin beide Richtungen umfassen zu können, ist ein Kompromiß-Programm nötig. Gelingt dies nicht, treten die orthodox-marxistischen Elemente aus, so daß ihr weiterhin ein Kampf mit ihnen wartet, so soll das Programm die theoretischen Daten gegen jene Richtung enthalten, soll es also revisionistisch oder reformistisch sein müssen."

Nach seiner Auffassung sucht man also nicht zu einer bestimmten, als richtig erkannten Grundauffassung eine Partei zu sammeln, sondern man bringe erst eine Partei zusammen und sehe dann, welche Anschauungen darin gemeinsam oder vorwiegend herrschen.

Der Kongreß in Haarlem 1907.

Der Kongreß in Haarlem fand nach einem scharfen Kampf der beiden Richtungen statt, der aber von den Marxisten mit gebundenen Händen geführt werden mußte. Als geschlagene Partei waren sie insofern schlecht daran, daß alles, was sie taten, zu ihrem Nachteil ausgelegt wurde. Die angreifende Taktik in dem inneren Parteistreit war ihnen untersagt; sie traten daher sofort nach dem Utrechter Kongreß in eine Art passive Resistenz. Als Personen, die als Parteiverderber gebrandmarkt waren, wollten sie keine leitenden Stellen mehr einnehmen, und auch an der Diskussion mit Gegnern wollten sie keinen Teil mehr nehmen, da diese sie immer mit dem Argument schlagen könnten: „Der Marxismus, den Sie hier vertreten, ist nur eine Privatmeinung, die Sie nicht einmal in Ihrer eigenen Partei verfechten dürfen." Aber es versteht sich, daß diese Haltung sofort von den Revisionisten als Waffe gegen sie aufgegriffen wurde, und die Mehrheit der Partei faßte sie als Mangel an Disziplin, als ein Schmollen von Leuten auf, die sich über ihre Niederlage ärgerten.

Mit dem Utrechter Kongreß war der Anfang einer Scheidung der beiden Gruppen und Richtungen gemacht worden. Die Marxisten versuchten überall möglichst Klarheit über den tatsächlichen Gegensatz der Richtungen zu bringen; ihre Wortführer wurden in vielen Abteilungen zu Auseinandersetzungen und Diskussionen darüber eingeladen; aber zugleich war ihnen die freie Aussprache darüber verboten! Eine Broschüre von Pannekoek über „Theorie und Prinzip in der Arbeiterbewegung" war in wenigen Wochen vergriffen, ein Beweis des steigenden Interesses für diese Fragen; und zugleich wurde diese Broschüre vom Parteivorstand als ein Verstoß gegen die Utrechter Resolution denun-

ziert. Und während da und dort in der Partei die Anfänge einer besseren Einsicht aufkamen, wurde die Masse der Genossen immer mehr entnervt, daß der ewige Zank noch nicht aufhöre.

Die Erbitterung gegen die Marxisten als Störenfriede wurde noch künstlich durch die revisionistischen Führer geschürt. Wir sahen schon, wie ihre Weigerung, an der Programmrevision teilzunehmen, ausgebeutet wurde. Als im Herbst 1906 ein Streik unter den Austrägern des Tageblatts „Het Volk" ausbrach, wurde dieser sofort von Troelstra zu einem Angriff auf die Marxisten ausgenutzt: diese seien eigentlich schuld, denn durch ihre Disziplinlosigkeit haben sie jenen armen Kerlen das böse Beispiel gegeben, das Parteiinteresse hinter das persönliche Interesse zu stellen.

Unter solchen Umständen kann es kein Wunder nehmen, daß der Haarlemer Kongeeß unter der Form einer Versöhnung mit einer vollkommenen Niederlage des Marxismus endete. Eine Resolution wurde fast einstimmig angenommen, die besagte, daß das Recht der freien Kritik in der Partei unbeschnitten sei, wenn nur unnötige Schärfe und Bitterkeit gegeneinander vermieden werde. Aber die Utrechter Resolution wurde zugleich aufrecht erhalten, und damit blieb denjenigen, die bei den führenden Organen der Partei Opportunismus oder Revisionismus bemerkten, ein Damoklesschwert überm Haupte hängen. Die Masse der Genossen blieb der Meinung, daß die taktischen Differenzen keine wirkliche Bedeutung hätten und nur eine Folge des absichtlichen Suchens nach schroffen Standpunkten seien.

Aber der Marxismus erlitt noch eine andere Niederlage, weil er sich die Gelegenheit nehmen ließ, der Broschüre Troelstras, die unter der Masse der Partei verbreitet war, eine ausführliche Widerlegung gegenüberzustellen, in der gründlicher, als es in Kongreßdiskussionen geschehen könnte, die Art und Weise beleuchtet wurde, deren Troelstra sich zur Verdächtigung der Minorität bedient hatte. Genosse Van der Goes hatte eine ausführliche Widerlegung unter dem Titel „Verkehrte Parteiführung" verfaßt, aber sie nicht kurz vor dem Parteitag publizieren wollen. Die Nichtigkeit der Beschuldigungen und die Zerfahrenheit der Politik Troelstras wurden darin dokumentarisch nachgewiesen. Aber auf dem Kongreß ließ er sich dazu bewegen, die Broschüre nicht der Oeffentlichkeit zu übergeben, sondern sie nur etwa 50 an den Streitigkeiten beteiligten Personen zukommen zu lassen. Diese Tat, die zu dem demokratischen Charakter der Partei völlig in Widerspruch steht, und wohl ein beispielloses Unikum in der Geschichte der Internationale darstellt, war bei Van der Goes nur die Folge des Strebens, möglichst die Einheit der Partei nicht zu gefährden. Die Masse der Partei wollte, daß die Streitigkeiten aufhörten, und deshalb wollten die Marxisten nicht wieder als die Störenfriede erscheinen. Aber diese Tat war deshalb nicht weniger ein Fehler und eine Schwäche, weil damit die doch schon schwache Demokratie in der holländischen Partei aufs neue verletzt wurde, wenn die Verletzung auch aus guten Absichten stattfand.

Wie schon oben erwähnt wurde, hieß der Kongreß alle Maßnahmen des Parteivorstandes, auch die Einsetzung der Kommission zur Programmrevision, gut. Und zwar ohne irgendwelche gründliche Diskussion über die Notwendigkeit einer solchen Revision. Es war die einfache Konstatierung der Herrschaft der Revisionisten, ohne daß diese ihre besonderen Ansichten näher zu begründen brauchten.

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

Die politische Situation.

Nachdem die Marxisten aus dem Kongreß zu Haarlem geschlagen und desorganisiert heimgekehrt waren, ging die Parteimehrheit noch entschiedener auf dem von ihr eingeschlagenen Wege weiter.

Die schwache liberale Regierung, die keine eigentliche Mehrheit hatte und nur durch die Unterstützung der Sozialdemokraten und der Liberalen bis zu der konservativen Schattierung bestehen konnte, hatte außer dem schon erwähnten Gesetz über den Arbeitsvertrag noch nichts zu stande gebracht. Die klerikale Partei, die über die Mehrheit in der Ersten Kammer verfügte, lauerte auf eine Gelegenheit, sie abzulösen. Dagegen hofften die Liberalen bei den im Sommer 1907 stattfindenden Wahlen der Provinzialstaaten (die in Holland die Erste Kammer wählen) diese Mehrheit zu stürzen, und all ihre Fraktionen schlossen sich dazu zusammen. Was würde die Sozialdemokratie tun? Der Haarlemer Kongreß hatte dem Parteivorstand freie Hand zur Stichwahltaktik gelassen. „Het Volk" und die Abteilungen arbeiteten zuerst darauf hin, den Angriff der Liberalen zu unterstützen; als sich aber bei dem ersten Wahlgang eine schmähliche Niederlage der Liberalen herausstellte, schwenkten sie ein. Aber auch bei den bald darauf stattfindenden Gemeinderatswahlen unterstützten die sozialdemokratischen Wähler durchweg alle Liberalen gegen die Klerikalen.

Im Herbst 1907 trat dann endlich die liberale Regierung mit ihrer Vorlage zur Verfassungsänderung hervor. Sie hatte von Anfang an versprochen, die Bahn für das allgemeine Wahlrecht freizumachen.*) Sie machte das in solcher Weise, daß jede Bestimmung über das Wahlrecht aus der Verfassung entfernt werden sollte. Mit diesem sogenannten Blankoartikel wurde also nichts über das Wahlrecht entschieden; das Wahlgesetz könnte ebenso gut eine Verschlechterung wie eine Verbesserung des Wahlrechts bringen.

Bei der ersten Lesung hielt Troelstra eine große Rede, in der er, statt die Wertlosigkeit einer solchen Vorlage nachzuweisen, seine Mitwirkung an dieser Reform zusagte. In dieser Rede stellte er als die natürliche Grundlage zu den Parteiverhältnissen, die an die Stelle des unnatürlichen klerikalen-antiklerikalen Gegensatzes treten sollte, den Gegensatz zwischen Konservativen und Demokraten auf. Und doch hatte die politisch-parlamentarische Praxis der letzten beiden

*) Das 1896 eingeführte Wahlgesetz gibt denjenigen, die keine direkten Steuern zahlen, nur dann das Wahlrecht, falls sie entweder ein bestimmtes Examen gemacht haben, oder eine bestimmte Einlage in einem Sparkassenbuch nachweisen können, oder falls ihr Lohn, oder die Miete, die sie zahlen, einen bestimmten Betrag erreicht. In allen diesen Fällen müssen sie einige Formalitäten erfüllen, um sich in die Wählerlisten eintragen zu lassen. Diese Lohn- oder Mietshöhen waren für verschiedene Gemeinden in dem Gesetz angegeben und so bemessen, daß in den Großstädten die Hauptmasse der Arbeiter vom Wahlrecht ausgeschlossen ist, während auf dem Lande fast allgemeines Wahlrecht herrscht. Die 6 sozialistischen Mandate sind, mit Ausnahme von Amsterdam III, wo viele besser entlohnte Diamantarbeiter wohnen, alle in ländlichen Wahlkreisen gewonnen worden, von denen einer, Enschedee, ein ländlicher Industriebezirk ist, die anderen dagegen, Franeker, Weststellingwerf, Apingadam und Hoogezand, alle Agrardistrikte im Norden sind.

Jahre genügend dargetan, daß die sogenannte demokratische Linke die Arbeiterinteressen genau so vernachlässigte wie die Konservativen und nicht geneigt war, das allgemeine Wahlrecht an die erste Stelle zu setzen. Troelstra führte aus, nachdem er auf die Gefahren des „Klerikalismus" hingewiesen hatte:

> „Wir müssen zu der Antithese Konservativ-Demokrat kommen . . . wir müssen alles begrüßen, was dahin wirken kann, den politischen Kampf in unserem Lande auf einen reellen Boden zu stellen, und dieser reelle Boden ist in unseren Tagen, wo die soziale Frage die Politik so stark beherrscht, meines Erachtens: die Konservativen zur einen und die Demokraten zur anderen Seite."

Was werden die Sozialdemokraten tun. Die Antwort lautet:

> „Diejenigen, die diese Frage stellen, gehen von der Frage aus, welche Minister hier dann sitzen werden. Aber ich bin der Ansicht, daß die Parteien, die der Hauptsache nach für dieselben wichtigen Sachen kämpfen, durch die Tatsachen einander finden werden, nicht um sich ineinander aufzulösen, sondern um durch die Natur ihres Strebens einander bei wichtigen Sachen zu unterstützen. Wenn es also zu einem Kampf zwischen Konservativen und Demokraten kommt, glaube ich nicht, daß die S. D. A. P. eine Aenderung in ihre bisherige Haltung zu bringen braucht. . . ."

Weiter führt er aus, daß wir in der Politik auf einem toten Punkt stehen und diese Schwäche komme aus deren faulen Grundlagen hervor. Den Ausweg bildet die Wahlrechtsfrage, der Kampf ums Wahlrecht. Was wird das Los des Blankoartikels sein?

> „Ich gönne der Regierung deren Annahme. Ich glaube eben, daß es jetzt, wo die Vorlage daliegt, im Interesse der Sache liegt, an ihrem Zustandekommen mitzuarbeiten."

Redner stehe den Arbeitern gegenüber in einer schwierigen Lage. „Es wäre doch gut, wenn wir jetzt die Arbeiterbewegung (die Wahlrechtsbewegung) vor den Regierungsantrag spannen könnten. Wir können das jedoch nicht, weil die Vorlage im Grunde nichts Positives enthält; weil der Blankoartikel von seinen Urhebern sowohl den Befürwortern wie den Gegnern des A. W. angepriesen wurde. Gerade der Grund, aus dem Herr Roodhuysen (ein Liberaler) den Blankoartikel die schönste Erfindung des Jahrhunderts nannte, bildet für uns ein Hemmnis, ihn als ernsthaften Gegenstand der Agitation der Arbeiter in den Vordergrund zu stellen."

Deshalb forderte Troelstra die bedeutendste liberale Fraktion dringend auf, mit einem klaren Programm hervorzutreten, weil diese Unsicherheit nicht im Interesse des Landes und einer klaren Parteigruppierung sei und die Politik verderbe. Schließlich spricht er die Hoffnung aus, daß wir, wenn der Blankoartikel nicht angenommen wird, von den bürgerlich-demokratischen Parteien eine kräftige und prinzipielle Bewegung für das A. W. bekommen werden.

Die Taktik, die in dieser Rede hervortritt, erscheint mehr wie früher noch auf der utopischen Erwartung gegründet, daß die „Demokraten" ein wirkliches A. W. wünschen, und auf eine Annäherung an jene Parteien und die Möglichkeit der Bildung eines „demokratischen" Blocks zur Eroberung bestimmter Reformen gerichtet. Diese Taktik erachteten die Marxisten für unser Land besonders gefährlich. Zu dieser Auf-

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

fassung waren sie bereits durch die Haltung der Fraktion berechtigt worden, als sie am Ende des Jahres 1906 bei der Abstimmung über den Militäretat erklärte, sich, anstatt gegen den Etat zu stimmen, der Abstimmung entziehen zu wollen, um den Kriegsminister zu retten.

Am Ende des Jahres 1907 wurde das liberale Ministerium gestürzt. Die Geschichte dieser kraftlosen und elenden Regierung beweist, wie sehr die Marxisten Recht hatten, die von Anfang an nichts von ihr erwartet und eine Taktik bekämpft hatten, die, entgegen der früheren Leeuwarder Resolution von ihr, bevor das Wahlrecht geändert war, bestimmte wertvolle Reformen bekommen zu können glaubte.

IV. Die Tribüne.

Die Gründung der Tribüne.

Nachdem der Marxismus auf dem Haarlemer Kongreß seine zweite Niederlage erlitten hatte, kam einigen jüngeren, in der Praxis des Tageskampfes stehenden Marxisten immer stärker die Notwendigkeit eines Organs zu Bewußtsein, das an den Tagesereignissen die Notwendigkeit einer prinzipiellen Agitation nachweisen und damit die Arbeiter in den sozialdemokratischen Prinzipien erziehen könnte, denen die Partei immer mehr den Rücken zuwandte. Umsomehr war das notwendig, weil „Het Volk", das völlig revisionistisch redigiert wurde, die Leser namentlich auf dem Gebiete der ausländischen Politik falsch informierte. Für Frankreich und England hegte es z. B. im Jahre 1906 und sogar noch 1907 große Erwartungen in bezug auf die bürgerliche Demokratie. „Het Volk" und Troelstra stellten die Wahlschlacht von 1907 als eine Niederlage der deutschen Partei hin, die sie durch ihr dogmatisches Auftreten, das namentlich seit Dresden die nicht-proletarischen Elemente von sich gestoßen hatte, verschuldet hatte.

Die Genossen, die die „Tribüne" herausgaben, waren selbstverständlich anderer Meinung; sie teilten über jene Wahl die Ansichten der Mehrheit der deutschen Partei. Sie erachteten es für umso verderblicher, solche Anschauungen, wie die von „Het Volk" zu propagieren, weil die internationale Lage Hollands und die in der Wirtschaftslage und der geschichtlichen Entwicklung begründete Schwäche seiner Arbeiterbewegung, diese mehr als irgendwo sonst auf die Anlehnung an die Klassengenossen der Nachbarländer, namentlich Deutschlands, hinwiesen. Sie erachteten es für die Befreiung der holländischen Arbeiterklasse für unumgänglich notwendig, daß diese internationale Taktik ihnen frei und ungehemmt vor Augen geführt werde. In „Het Volk" war dazu kein Raum. Eine ungehemmte freie Darlegung der marxistischen Auffassung war dort nach dem Haarlemer Kongreß noch weniger möglich als vorher. Diese Tatsache allein hätte schon die Herausgabe der „Tribüne" gerechtfertigt.

Die „Tribüne" hat sich von Anfang an in ihrer Haltung nach folgenden Hauptlinien gerichtet: 1. die wirkliche Bedeutung der bürgerlich-demokratischen Scheinmanöver auf dem Gebiete des Wahlrechts und der Sozialreform zu enthüllen; 2. den Arbeitern Einsicht in die Bedeutung der internationalen Verhältnisse und Arbeiterkämpfe, namentlich der deutschen Bewegung, zu bringen. Es wird klar sein, daß diese

Methode und Taktik, für die schließlich nach dem Beschluß des Deventer Kongresses kein Raum mehr in der Partei war, nur eine Fortsetzung der Taktik der „Nieuwe Tyd" bedeutete und nichts weiter als eine konsequente Anwendung der Prinzipien der internationalen Sozialdemokratie bildet.

Die Gründung der „Tribüne" wurde sofort von „Het Volk" und der Parteimehrheit mit Mißbilligung empfangen. Das stand in scharfem Gegensatz zu dem Empfang, der ein paar Jahre früher einem anderen, auch von Privatleuten errichteten Organ, „De Blyde Wereld", bereitet war. Dieses Blatt, das Organ einer Gruppe von Christen-Sozialisten im Norden des Landes, gründete seine Propaganda nicht auf den Prinzipien der internationalen Sozialdemokratie, sondern auf einen ethisch-religiösen Gefühlssozialismus. Gegen „De Blyde Wereld", das auf dem äußersten rechten Flügel der Partei steht, hat „Het Volk" nie oder fast nie polemisiert.*)

Aus Anlaß einiger von Frau Roland Holst geschriebener Artikel wurde im Frühjahr 1908 der Kampf gegen die „Tribüne" eröffnet. In diesen Artikeln behandelte die Verfasserin die internationalen Verhältnisse, wies auf die Stärkung des revolutionären Bewußtseins der Arbeiter als Folge der eingetretenen Weltkrise hin und sprach die Hoffnung aus, daß sich auch unter den holländischen Arbeitern eine neue Periode des kräftigeren und klassenbewußteren Auftretens anbahne. In einem vor den Amsterdamer Parteiabteilungen abgehaltenen Kursus arbeitete sie diese Gedanken noch weiter aus. „Het Volk" bezeichnete in einer Polemik diese Anschauungen als „anarchistisch" und schrieb:

> „Von allen Autoren in der Tribüne hat Frau Roland Holst es am schlimmsten getrieben. Sie schimpfte, daß die Partei mit antisozialistischen Tendenzen infiziert sei. Ihre Abweichung nach Cornelissen (dem bekannten Anarchisten) hin halten wir aufrecht. Das ist die unerbittliche Konsequenz ihres ganzen im Kursus eingenommenen Standpunktes, und dieser Konsequenz wird sie nicht entweichen können."

Auch früher schon hatten die Führer der Mehrheit Frau Roland Holst Abweichung zum Anarchismus hin vorgeworfen, als sie sich mit den Ansichten von Rosa Luxemburg in ihrer Broschüre über die russische Revolution einverstanden erklärte. Hier tritt aber die Art der Kritik, die „Het Volk" in einer Reihe von Artikeln an den in der „Tribüne" vertretenen Anschauungen übte, besonders klar zu Tage.

Der Arnheimer Kongreß 1908.

Der Arnheimer Parteitag wurde unter diesen Verhältnissen zum „Tribüne"-Kongreß. Von marxistischer Seite waren Anträge gestellt, die kollektive „Volk"-Redaktion durch eine Chef-Redaktion zu ersetzen.

*) Die Möglichkeit sozialistischer Blätter, die nicht unmittelbar unter Parteikontrolle stehen, ist bis heute in der S. D. A. P. nicht angetastet. Auf dem Utrechter Kongreß wurde der Versuch gemacht, die Monatsschrift „De Nieuwe Tyd" zu einer Parteizeitschrift zu machen, deren Redaktion vom Kongreß ernannt werde; aber die Redaktion der Revue weigerte sich, auf diesen Vorschlag einzugehen. Die Führer der Mehrheit haben sogar wiederholt in bürgerlichen, von Nicht-Genossen redigierten Zeitschriften über die Sozialdemokratie geschrieben und dort den Marxismus bekämpft, wie z. B. Troelstra in „De Beweging", Vliegen in „Vragen des Tyds".

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

„Het Volk" bekämpfte selbstverständlich diese Vorschläge und stellte deren Annahme als einen „Selbstmord der Partei" dar. Unter diesen Umständen kam es zu einer wirklich gründlichen Diskussion über die „Volk"-Redaktion und die allgemeine Taktik der Partei in Arnheim nicht. Ein gut Teil der Verhandlungen des Parteitages wurde einer Debatte über die Haltung der „Tribüne" gewidmet, die die meisten Delegierten nur aus einigen Zitaten und von „Het Volk" gegebenen Urteilen ähnlicher Art wie das über die Ansichten der Frau Roland Holst kannten. Ein Antrag auf Verbot der „Tribüne" wurde jedoch in Arnheim vom Parteivorstand (Troelstra war krankheitshalber monatelang abwesend) bekämpft und abgelehnt.

Uebrigens trat in Arnheim sehr klar zu Tage,, wie die Parteimehrheit je länger je mehr von kleinbürgerlich denkenden Elementen gebildet wurde, die vom Charakter der Partei und ihrem Programm sehr wenig Kenntnis besitzen. Nach Beendigung des Parteitages schrieb denn auch der „gemäßigt-marxistische" Genosse Wibaut in „De Nieuwe Tyd":

„Der 14. Parteitag hat noch nicht die Klarheit gebracht, die der Partei schon seit einigen Jahren not tut. Wir verstehen darunter die Einsicht bei den Genossen aus der Stadt und auf dem Lande, aber vor allem bei denen auf dem Lande, daß die Differenzen in der Partei über Propaganda und Taktik — Ausflüsse der Differenzen über die zukünftige Entwicklung der Bewegung — unvermeidlich sind. Viele Delegierte sind noch der Auffassung geblieben, daß jene „Marxisten" doch eigentlich keine guten Genossen sind. Ihr Drängen, daß unser Tageblatt mehr als bis jetzt die prinzipielle sozialistische Propaganda in unserer Partei fördern möge, das ängstliche Aufpassen, daß unsere Haltung in Regierungskörpern immer mit dem Charakter des Klassenkampfes in Einklang sei, die Sorge, daß die Gewerkschaftsbewegung einen Teil des Kampfes für den Sozialismus bilde, all diese Wünsche entsprießen, jenem Urteile gemäß, nicht der Liebe zu der Partei, sondern der Sucht zu bekritteln und zu wühlen. Die guten Genossen sind der Ansicht, daß es gut geht, so wie es geht . . .

Wir haben an dem Ergebnis der Abstimmung (über die Redaktion) nichts zu rügen . . . Doch der Art und Weise, in der diese Abstimmung vorbereitet wurde, paßt eine sehr ernste Rüge, keine geringere, als daß sie dem demokratischen Charakter der Partei schadet.

Es fehlte . . . der Leitung des Parteitages an der Anerkennung, daß die Mehrheit in der Niederländischen Partei nicht die Mehrheit des internationalen Sozialismus ist. Es fehlte ihr an der Voraussetzung, daß die Mehrheit und die Minderheit zusammen die sozialistische Partei bilden. Bei der Leitung des Parteitages herrschte dieselbe unklare Vorstellung über das Bestreben der Minderheit, die es bei der Leitung vor dem Parteitag gegeben hatte. . . .

Die Redaktionsführung (von „Het Volk") in den sechs Unruhe stiftenden Aufsätzen und die Leitung des Parteitags (die notabene in den Händen derselben Person: W. H. Vliegen lagen) machten hier denselben Fehler: daß sie die Auffassung einer Minderheit, die nichtsdestoweniger eine sozialistische Auffassung ist, als eine der Partei feindliche Haltung darstellten. Ein solches Benehmen, sagten wir, steht in Widerspruch zu dem demokratischen Charakter der Partei. Denn es setzt als Parteiinteresse voraus, daß diese Minderheit nicht wachsen darf."

Und über den Mangel an sozialistischer Einsicht schrieb Wibaut:

„Wir erlauben uns, unter Machtbildung nicht bloß Zahlgröße zu verstehen. Neben der Zahlgröße und nicht unter ihr steht die Schulung. Die sozialdemokratische Partei, die im Begriff ist, eine große Partei zu werden, hat ohne Schulung keine Kraft. Um kräftig zu sein, müssen ihre Mitglieder Sozialdemokraten sein. Sie müssen unser Programm nicht nur kennen, sondern auch verstehen.

Unserem zweiten Kongreßtage war es vorbehalten, den Beweis zu liefern, daß diese elementare Wahrheit noch keine Wirklichkeit ist. Wir meinen die Unmöglichkeit, in die der Kongreß sich versetzt sah, eine Entscheidung über den Antrag Goor (dieser Antrag forderte das völlige Verbot der Fabrikarbeit für die verheiratete Frau) zu treffen. Wir erkennen völlig die Richtigkeit des Aufschubs an. Doch in der Tatsache, daß Aufschub nötig war, liegt der Ernst des Falles. Es wäre Selbstbetrug, uns die Bedeutung dieser Tatsache zu verhehlen. Sie bedeutet, daß unsere Grundsätze bei einem großen Teil der Genossen noch nicht festgewurzelt sind. Da haben wir nun 13 Jahre lang ein Streitprogramm, das mit völliger Klarheit die Forderungen in Hinsicht auf die Frauenarbeit festlegt, die direkt dem Wesen des Sozialismus selbst entspringen. Sie sind in ihren Programmpunkten formuliert . . . . Da kommt ein Antrag einer Abteilung: die Partei möge beschließen, sich auf den entgegengesetzten Standpunkt zu stellen. Ein Antrag, der laut verkündet: die weitgehende Bedeutung dieser Programmpunkte ist uns völlig fremd geblieben. Ist es nur eine Abteilung, die das sagt? Die Parteiführung fühlt mit Recht, daß die Sache anders liegt. Die nicht abgehaltene Diskussion war ganz besonders vielsagend. Es war klar, auch ohne daß Van Kol geredet hatte, daß dieser Programmpunkt für viele in der Partei ein unverstandenes Wort geblieben ist."

Die Ursache dieser von Wibaut hier gezeigten Erscheinung lag in der immer mehr zunehmenden Uebermacht von halb-proletarischen Elementen und von Arbeitern, die in keiner Hinsicht, weder in „Het Volk" noch in der kleinen Parteipresse, im Geiste des noch bestehenden, aber nach der Ansicht der Mehrheit schon „veralteten" Parteiprogramms geschult wurden. Auch nicht in der kleinen Parteipresse, sagen wir, da vor und nach Arnheim das Bestreben sich immer mehr geltend machte, die Redaktionsführung den Parteigenossen zu entreißen, die da und dort in der kleinen Presse noch einen mit dem Parteiprogramm übereinstimmenden Sozialismus propagierten. So wurde u. a. kurz nach dem Arnheimer Parteitag die marxistische Redaktion des lokalen Parteiorgans in Rotterdam nach einer heftigen Kampagne seitens des Führers der dortigen Mehrheit (zugleich Mitglied des Parteivorstandes) abgesetzt. Später geschah dasselbe mit anderen Organen oder wurden Versuche nach dieser Richtung gemacht.

In dem oben angeführten Artikel über den Arnheimer Parteitag wird mit Recht die Verletzung der Demokratie, die vor und während des Arnheimer Kongresses stattfand, beleuchtet.

Im Sommer nach dem Kongreß sah Amsterdam davon ein neues treffendes Beispiel.

Nach einer längeren und gründlichen Besprechung kam in der Amsterdamer Parteiorganisation eine Mehrheit zu dem Schluß, daß eine der Hauptursachen der geringen agitatorischen Wirkung, die „Het Volk" ausübte, in der Natur dieses Blattes, in seinem Mangel an sozialistischem Kampfcharakter und sozialistischer Einsicht lag. „Het

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

Volk", das doch in erster Linie ein Tageblatt für die Hauptstadt sein sollte, konnte diese Aussprache mit Geringschätzung zur Seite legen, da es sich auf die Mehrheit außerhalb Amsterdams und auf das platte Land stützte.

Die ökonomische Krise.

Die Haltung von „Het Volk" und der Fraktion in bezug auf die ökonomische Krise, die seit dem Herbst des Jahres 1907 ein Meer von Elend auch über die niederländischen Arbeiter brachte, machte die Kritik der „Tribüne" immer wieder notwendig. Um die Gegensätzlichkeit der Haltung der revisionistischen Mehrheit und der „Tribüne" in der Frage der Arbeitslosigkeit klar erkennen zu lassen, wollen wir ausführlicher darlegen, in welcher Weise diese Frage von den beiden Richtungen behandelt wurde.

Im Herbst des Jahres 1908 interpellierte Troelstra in der Zweiten Kammer über die Arbeitslosigkeit. Die Rede Troelstras war wohl, wie die „Tribüne" anerkannte, in einigen Punkten verdienstlich, jedoch entsprach sie nicht den Forderungen einer prinzipiellen sozialdemokratischen Kritik. Troelstra bekämpfte darin u. a. den „orthodoxen" Marxismus und zwar in folgender Weise. Er sagte: „Um einem anderen gesellschaftlichen System nachzustreben, ist es für die Arbeiter nicht notwendig, daß mit einer abstrakten logischen Theorie bewiesen wird, daß sie alle schließlich in Elend gestürzt werden." Hier wird also eine „revolutionäre Bettlertheorie" auf Rechnung des Marxismus vorgetragen.

Gleichfalls wurde die Katastrophentheorie als marxistisch dargestellt: „die Katastrophentheorie, nach der in einer plötzlichen Explosion die kapitalistische Gesellschaft in eine sozialistische übergehen wird". Und ebenfalls als marxistisch (!) die Lehre: „daß der Kapitalismus von selbst in den Sozialismus übergeht."

Weiter wurde dort von Troelstra ein utopischer Sozialismus verkündet in folgenden Worten:

> „Für ein Proletariat, das kräftig ist, genügt schon die Möglichkeit des Sozialismus, um die Gesellschaft in der Richtung des Sozialismus umzuändern."

Schließlich wurde die Periodizität der Krisen aufgegeben und gesagt, daß diese nicht die Arbeiter zum Widerstand bringt: „die Krise selbst, die immer drohend über sie schwebt, genügt, um sich diesem System zu widersetzen".

Gegen diese verwirrenden und die Propaganda verderbenden Darlegungen wurde in zwei Leitartikeln der „Tribüne" scharf polemisiert. Es heißt in diesen Artikeln:

> „Zweifellos hat der Interpellant Genosse Troelstra mit seinen drei großen Reden bis zum Ende der Diskussionen in der Mitte der Aufmerksamkeit gestanden, die die beiden gesellschaftlichen Klassen dieser Interpellation schenkten. Weder der Minister mit seiner „Rettung der privaten Philanthropie" — da wird diesen Winter was zu Tage kommen! — noch der Abgeordnete Professor Treub mit seinem Hervorkehren von Gelehrsamkeit — was würden seine deutschen Kollegen über soviel Rückständigkeit staunen — konnten mit ihren Erörterungen über das absolute Uebergewicht der Worte Troelstras aufkommen. In der Tat, wenn es sich bloß darum handelte, mit den schwer aufzutreibenden Daten ein einigermaßen zutreffendes Bild der Arbeitslosigkeit in unserem

> Lande zu geben, dann hat Troelstra sich in seiner ersten Rede zweifellos seiner Aufgabe vorzüglich erledigt. Oder wenn es darum ging, einem frivolen Politiker wie Herrn Th. Heemskerk (dem Minister) einige schwierige Stunden in seiner Antwort zu besorgen, so hat unser Führer mit seiner Interpellation und namentlich mit seiner zweiten Rede seine Arbeit gewiß gut gemacht. Aber dem ist nicht zu entrinnen, auch für Troelstra nicht: in einer Diskussion über die Arbeitslosigkeit ist mehr zu tun, — wenigstens für den Führer der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.
>
> Eine Sache stand im Voraus fest und hat sich nachher auch klar gezeigt: direkte Folgen konnte die Interpellation nicht aufweisen und hat sie auch nicht aufgewiesen. . . .
>
> Wenn also einer von uns eine Interpellation über die Arbeitslosigkeit von jetzt hält, dann wird — wird die Interpellation nicht inhaltlos sein — die Bedeutung keine andere sein können, als aus Frage und Antwort den Arbeitern klar zu zeigen, daß es für das gequälte und ausgebeutete Proletariat einen Ausweg gibt, einen anderen als die Hilfe, die ein kapitalistischer Staat nun einmal dem Proletariat nicht geben will. In der Tat ist die Arbeiterklasse seit einigen Jahrzehnten imstande mittels der Tatsachen der Oekonomie und der Geschichte nachzuweisen, daß es zweifellos einen Weg gibt, und daß es selbst einen solchen Weg kennt. Daß die Arbeiter diesen Weg kennen können und nicht mehr daran zu zweifeln brauchen, ist das Werk unserer großen Vorgänger Marx und Engels und unserer anderen großen Theoretiker, kurz, unserer Theorie, unserer sozialistischen Wissenschaft. Will man in der Frage der Arbeitslosigkeit den einzig möglichen Ausweg aus dem Kapitalismus, nicht innerhalb des Kapitalismus, für die Arbeiter rascher hervortreten lassen, will man den Arbeitern die einzig mögliche Politik, die einzig mögliche Praxis kennen lehren, die Arbeitslosigkeit zu überwinden, so hat man ihnen die Theorie, die Wissenschaft des Sozialismus mitzuteilen; dafür zu propagieren wäre das einzige und nicht geringe praktische Resultat, das eine Interpellation wie die Troelstrasche schließlich zeitigen kann: die Einsicht in den immer schärfer werdenden Kampf aufs Messer, den die Arbeiterklasse gegen die kapitalistische Gesellschaft zu führen hat.
>
> Ein praktischer Politiker in der Sozialdemokratie muß also die Theorie verstehen, muß sie kennen und sie verteidigen können. Das ist vielleicht für einen „Bürger" eine schwere Aufgabe, aber die Arbeiterklasse kommt in ihrem Führer mit weniger nicht aus. Dieses Wissen, diese sozialistische Wissenschaft, ist gewiß für die Arbeiterklasse oft leichter zu erringen als für einen Mann, der aus der Bourgeoisie hervorgekommen ist. Der Arbeiter kann unmittelbar aus dem eigenen Leben wissen, was der aus der Bourgeoisie hervorgekommene Sozialist erst aus der Theorie erlernen muß, z. B., was für Troelstra noch nicht feststeht: daß die ökonomische Kluft zwischen den beiden Klassen immer tiefer wird.
>
> Wenn man das aber nicht weiß, aus Lehre oder Leben nicht gelernt hat, wie kann man dann wissen, wirklich wissen, daß der Sozialismus durch das Werk der Arbeiter selbst kommt? Wenn die Möglichkeit besteht, daß die Kluft zwischen den Klassen nicht tiefer wird, dann sinkt unser Sozialismus zu einem Glauben herab, von einer Gewißheit zu einer Erwartung. Mit Glauben und Hoffnung sind jedoch die Arbeiter schon genug genarrt. Dazu brauchen sie den Sozialismus nicht. Auch die Kirche bringt ihnen den Glauben, daß es im Jenseits besser sein wird und die biederen Liberalen und Demokraten hoffen, daß es bald besser gehen wird.

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

Aber gerade die Vertiefung der ökonomischen Kluft zwischen den beiden Klassen, die die Arbeiterklasse vor ihren Augen stattfinden sieht und die die Sozialdemokratie in ihrer Lehre der Verschärfung der Klassengegensätze zum Ausdruck bringt, diese ist es, die uns die wissenschaftliche Gewißheit gibt, daß es eine Arbeiterklasse gibt, die zwischen dem eigenen Untergang und dem Untergang der anderen Klasse wählen muß. Und die Sozialdemokratie ist selbst der Beweis, daß die Arbeiterklasse gewählt hat: den Untergang der anderen Klasse, des Kapitalismus.

Es gibt keinen Zweifel mehr, es gibt Gewißheit, das ist das einzige, was wir den Arbeitern zu sagen haben. Die Wahl ist getroffen. Die Arbeiterklasse wirkt überall, nicht an der Ueberbrückung einer „möglicherweise" kleiner werdenden Kluft, sondern gerade daran, daß die Kluft tiefer wird, sieht sie ein, daß nur ein einziger Ausweg da ist: die proletarische Revolution, die Eroberung und Umwälzung der kapitalistischen Gesellschaft durch die Arbeiterklasse. Und all unsere Tatsachen und Statistiken, unsere Redekraft und Begeisterung können und sollen wir anwenden, um nur dieses „einzig Mögliche" den Arbeitern zu zeigen, und sie damit möglichst rasch auf diesen Weg der Organisation und des Kampfes zu bringen. Nur dann halten wir eine Abrechnung, die Schaper zwar schon in „Het Volk" besungen hat, die Troelstra jedoch nicht im Parlament hat halten können, aus Mangel an fester Einsicht und sozialistischer Wissenschaft." . . .

„Wir stellen in den Vordergrund, daß nach unserem Urteil Troelstra in der Tat sowohl Heemskerk wie Treub geschlagen hat. Aber deshalb hat er noch nicht — und das war das einzig Nötige — die Arbeiter, die auf ihn hören, von der Notwendigkeit des Sozialismus überzeugen können. Das konnte er deshalb nicht, weil er selbst zwar von der Möglichkeit des Sozialismus überzeugt ist und stark an den Sozialismus glaubt, aber nicht aus den gesellschaftlichen Tatsachen gelernt hat, zu wissen, daß er kommen muß.

Die „immanente ökonomische Notwendigkeit" des Sozialismus steht für ihn nicht fest. Wenn diese Notwendigkeit jedoch nicht feststeht, so stehen wir mit unserem Willen, den Sozialismus zu bringen, auf demselben festen Boden, wie die Bauern und Kleinbürger, wie der Mittelstand, die auch alle etwas Schönes und Gerechtes wollen, aber deren Willen nicht mit der notwendigen Entwicklung der Gesellschaft übereinstimmt."

„Troelstra wagt es, in der Kammer auszurufen: Was kümmert es uns, wie wir ans Ziel kommen werden, wenn wir nur soweit kommen! Das ist der Ruf eines Verzweifelten, der nicht weiß, wie er soweit kommen wird. Aber darin liegt gerade die große Kraft des revolutionären Kampfes des Proletariats, daß wir ganz gut wissen, wie wir ans Ziel kommen. Die revolutionären Mittel werden uns von der gesellschaftlichen Entwicklung in die Hand gedrückt. Die Organisation, die der Kapitalist in die Fabrik bringt, bringen wir dem Proletariat, um damit für das Proletariat unerträgliche und für die Produktion auf die Dauer unmögliche Anarchie für die sozialistische Organisation der Gesellschaft Platz machen zu lassen. Unsere Aufgabe, unsere sozialistische Aufgabe, namentlich in einer Krise, besteht gerade darin, dem Proletariat klar zu machen, wie es die von der gesellschaftlichen Entwicklung gegebenen Mittel anwenden soll.

Daß Troelstra schließlich in seiner dritten Rede die gewöhnliche anarchistische und bürgerliche Karikatur von Marx gegeben hat, als habe Marx bewiesen, „daß auch ohne den Willen der Menschen . . . durch die Wirkung der ökonomischen Kräfte selbst sie immer elender werden müssen und der Sozialismus da-

durch kommen muß" — wir wollen ihm deshalb keine Vorwürfe machen. Er kann nicht mehr anders. Aber wir geben denjenigen, die verstehen wollen, wie durch die Wirkung der ökonomischen Kräfte der Willen der Menschen, wenigstens der Proletarier, für den Sozialismus wirken muß, in Erwägung, das auch holländisch erschienene Werk von Engels zu lesen: „Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft". Sie werden dann, wenn sie dieses Büchlein mit Troelstras dritter Kammerrede vergleichen, mit uns zu unserem Bedauern sehen, daß unser Führer von der Politik nicht zu machen weiß, was ein Sozialist daraus machen soll: die Wissenschaft der Produktion."

Außerdem skizzierte das marxistische Organ in drei Aufsätzen den Charakter dieser jüngsten Weltkrise, wie sie entstanden ist, wie sie nicht nur eine Geldkrise, sondern auch eine ökonomische Krise ist, und wie sie wiederum die Periodizität der Krisen beweist. Der Schluß dieser Aufsätze war folgender:

„Wir fragen nur: nicht, was hat Marx gesagt, sondern was lehrt die Wirklichkeit? Diese lehrt, daß die Wellenlängen der Produktionsperioden, die Produktionskreisläufe, kürzer werden. Erst war die Periode gewöhnlich 11 Jahre: 1815, 1825, 1836, 1847. Dann 10 Jahre: 1847, 1857; dann 9 Jahre. 1857, 1866. Dann die langen Depressionen: 1873—79; 1882—87, 1891—95. Bei diesen letzten waren die Jahre 1878—79, 1886—87 und 1894 bis 1895 die schlimmsten. Also Zwischenräume von 8 bis 9 Jahre. Im Jahre 1900 bricht wieder eine Krise aus, oder eine verhältnismäßig kurze Depression (bis 1902). Und schon im Jahre 1907 kommt diese große, sich über die ganze kapitalistische Welt ausdehnende Krise!

Die sogenannte „Prophezeiung" von Marx ist also völlig bestätigt in diesem Sinne, daß die Perioden der modern-kapitalistischen Entwicklung immer kürzer werden, daß im allgemeinen die „Krisen" als Uebergangsform von einer starken zu einer schwachen Produktion noch immer bestehen bleiben, und daß sie sich mit der Entwicklung des Kapitalismus je länger je mehr von lokal beschränkten Unheilen zu Weltplagen ausdehnen."

Die Parteikrise.

Die Kritik gegen Troelstras Haltung — eine Kritik, die die Pflicht eines Blattes ist, das den Arbeitern die sozialistische Wissenschaft bringen will, so wie jeder Arbeiter sie aus den leicht von ihm zu beobachtenden Tatsachen, wenn man sie ihm vor die Augen führt, erkennen kann — erregte von neuem in hohem Maße den Zorn von „Het Volk" und der Mehrheit. Die Utrechter Resolution wurde gegen die „Tribüne" hervorgeholt. In Rotterdam zogen einige Mitglieder der dortigen Parteileitung unter dem Einfluß der monatelangen Hetze gegen die dortige Minderheit die Konsequenz aus dem, was „Het Volk" schrieb, und verboten die Kolportage des sozialdemokratischen Organs in einer öffentlichen Versammlung, in der Troelstra sprach.

Zum richtigen Verständnis der Bedeutung dieser unerhörten Handlungsweise muß man wissen, daß seit altersher die Kolportage von allen möglichen, auch bürgerlichen, Schriften — mit Ausnahme solcher anarchistischer Pamphlete, die einen persönlichen Skandalcharakter tragen — auf den öffentlichen Parteiversammlungen frei war.

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

„Het Volk" billigte diese Tat der Rotterdamer Parteileitung.

Eine heftige Diskussion in der Parteipresse war die Folge, an welcher sich selbstverständlich auch die „Tribüne", die für ihr Daseinsrecht kämpfte, beteiligte.

Im Dezember 1908 hatten dadurch die Parteiverhältnisse einen drohenden Charakter angenommen, der den Parteivorstand, in dem jetzt neben einer revisionistischen Mehrheit eine Minderheit von zwei Marxisten (Mendels und Wibaut) saß, veranlaßte, vor allem in Hinsicht auf das Nahen der im Sommer 1909 stattfindenden Wahlen, einzugreifen. Er lud die Redaktion der „Tribüne" vor sich. Diese setzten ihren Standpunkt auseinander und erklärten sich bereit, ihrer Polemik den scharfen Charakter zu nehmen. Der Parteivorstand gab sich nach einigem Unterhandeln mit einer Erklärung zufrieden, die folgenden Wortlaut hatte:

> „In bezug auf die Frage über unsere vom Parteivorstand genannten Angriffe auf Organe und Personen in der Partei — abgesehen davon, wie sie bisher waren — wollen wir dem Parteivorstand gerne die Versicherung geben, daß wir uns als gute Parteigenossen, wie auch schon anfangs von unserer Redaktion in der „Tribüne" erklärt wurde, weiterhin und namentlich während der nächsten Wahlen, von Angriffen auf Parteiorgane und Parteigenossen zu enthalten werden wissen, in der Annahme, daß der Parteivorstand zu verhindern im Stande sein wird, daß gegen uns in unorganisatorischer oder persönlicher Weise aufgetreten wird."

Damit wäre die Sache aus gewesen, wenn nicht die Parlamentsfraktion jetzt aufgetreten wäre. Die beiden Parlamentsmitglieder Schaper und Helsdingen, die zugleich Mitglieder des Parteivorstandes waren, legten dieses Amt nieder, da sie mit der versöhnenden Haltung der Mehrheit des Parteivorstandes nicht einverstanden waren.

Inzwischen war ein neuer Streitpunkt aufgetaucht, der dazu beitrug, die gegenseitigen Gefühle schärfer und erbitterter zu machen. Es betraf die Verleugnung der historisch-materialistischen Auffassung der Klassenmoral seitens des Fraktionsführers. Gorter hatte in einer zuerst als Feuilleton in der „Tribüne" erschienenen Broschüre über den historischen Materialismus auch die Moral behandelt und dort die Klassenmoral in ähnlicher Weise erörtert, wie dies auch von Kautsky geschehen ist.

Darüber wurde Gorter im Parlament vom Führer der Reaktionäre De Savornin Lohman angegriffen. Gorters Bemerkung, daß in dem Klassenkampf die allgemeine Moral gegenüber der feindlichen Klasse nicht gilt, verdrehte er in der üblichen Weise dahin, daß wir den Arbeitern predigen, daß sie nie, auch nicht außerhalb des Klassenkampfes, die sittlichen Gebote gegenüber den Kapitalisten zu befolgen brauchen usw.

Troelstra, anstatt den marxistischen Standpunkt Gorters zu verteidigen, schlug sich auf die Seite des Reaktionärs. Er sagte u. a., daß Gorters Aeußerung uns allen (also auch den Sozialdemokraten) zuwider gewesen war; daß Gorter eine Karikatur des Marxismus geliefert hätte; daß Gorters Behauptungen nicht richtig seien, denn ein Arbeiter rettet auch ein Kapitalistenkind, das zu ertrinken droht; und daß wir als Kulturmenschen unseren Kampf nach dem Gebote: was du nicht willst usw. mäßigen. Kurz, er stellte sich auf den Standpunkt des Reaktionärs Lohman, wenn er dies auch am Schluß seiner Rede etwas abzuschwächen versuchte.

Als Gorter dies aber geradeaus sagte, wurde er beschimpft und vergewaltigt. Nicht nur wurden alle seine Argumente in „Het Volk" verschwiegen, sondern auch die Utrechter Resolution, die verbietet, den Revisionisten die Wahrheit zu sagen, wurde hervorgeholt, um ihn zum Schweigen zu bringen — wie das bei jeder bedeutenden Meinungsdifferenz zwischen Marxisten und Revisionisten geschah.

Das Auftreten der Kammerfraktion, das Austreten der beiden Parlamentarier aus dem Parteivorstand machte die Krise in der Partei wieder akut. Von diesem Augenblick an war es klar, daß Troelstra und die Fraktion mehr wollten als die Mehrheit des Parteivorstandes, nämlich Aufhebung der „Tribüne" oder Ausschluß ihrer Redakteure.

Der Parteivorstand besaß leider nicht die Kraft, sich dem zu widersetzen. Statt auf dem einmal eingenommenen Standpunkt zu beharren und den Osterkongreß abzuwarten, wurde er schwankend und schrieb ein Referendum über die Frage aus, ob ein außerordentlicher Kongreß nötig sei. Der Parteivorstand erachtete ihn selbst nicht nötig, erklärte auch, nicht zu wissen, was dort zu behandeln sei; aber die Masse der Partei, durch die Fraktion und namentlich von Troelstra dazu aufgehetzt, entschied sich mit Zweidrittelmajorität für einen außerordentlichen Kongreß über die Tribünefrage.

Der Deventer Kongreß.

Bevor der außerordentliche Kongreß zusammenkam, fand eine neue Verletzung der Demokratie statt. Der Parteivorstand rief im Einvernehmen mit Troelstra die voranstehenden Wortführer und Propagandisten der Partei zu einer Beratung zusammen, wie die Krise abzuwenden sei. Die Redakteure der „Tribüne" waren dazu nicht eingeladen. Auf dieser Zusammenkunft wurde der Vorschlag gemacht und mit Stimmenmehrheit angenommen, auch die „Tribüne"-Redakteure noch teilnehmen zu lassen. Dieser Beschluß wurde jedoch auf die Drohung der Fraktion hin, sie werde in diesem Falle die Versammlung verlassen, nicht ausgeführt. Damit war also die Diktatur der Fraktion offen anerkannt.

Auf dieser Konferenz wurde der Vorschlag gemacht, ein marxistisches Wochenblatt als Beilage zu „Het Volk" erscheinen zu lassen, dessen Redaktion in stetigem Einvernehmen mit der Redaktion von „Het Volk" sollte geführt werden; dafür müsse dann die „Tribüne" verschwinden. Frau Roland Holst und Wibaut erklärten sich im Interesse des Parteifriedens bereit, die Redaktion zu übernehmen.

Es versteht sich, daß die „Tribüne"-Redakteure und diejenigen, die an ihrer Seite standen, auf diesen Vorschlag nicht eingehen konnten. Das neu zu errichtende Organ bot keine Bürgschaft, daß darin eine marxistische Kritik der Handlungen der Parteivertreter zu ihrem Recht kommen könnte. Die schonungslose Art und Weise, in der in den letzten Jahren die Revisionisten immer gegen die marxistische Kritik vorgegangen waren, ließ den Glauben nicht zu, daß sie jetzt auf einmal anders werden sollten. Das neue Wochenblatt war auch keine freie, der Toleranz entsprungene Konzession, sondern sie entsprang der Drohung

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

einer Anzahl voranstehender marxistischer oder in der Mitte stehender Genossen, daß sie bei Vernichtung der Kritikfreiheit entweder aus der Partei oder von ihren Posten zurücktreten würden. Um sie zu beschwichtigen, war diese erzwungene Konzession nötig. Aber schon auf jener Vorkonferenz widersetzten die revisionistischen Führer sich dem Gedanken der Selbständigkeit der Redaktion des Wochenblatts. Wie Troelstra das Wochenblatt verstand, legte er in einem Artikel nach dem Deventer Kongreß dar, in dem er ausführte, es solle ein populärwissenschaftliches Organ sein, das nicht nur den Marxismus, sondern auch den Revisionismus und den Neomarxismus darstellen solle. Also kein Organ der marxistischen Kritik.

Aber der Hauptgrund, weshalb die „Tribüne"-Redaktion diese Vorschläge ablehnen mußte, lag darin, daß sie sonst selbst an einer neuen Verletzung der Demokratie in der S. D. A. P. mitgewirkt hätte. Diese Demokratie erfordert für alle Parteimitglieder dasselbe Recht, an der Parteileitung Kritik zu üben, und neben den privaten Organen „Nieuwe Tyd" und „De Blyde Wereld", die unbehelligt gelassen wurden, ein Organ herauszugeben.

Hätten sie sich gefügt, so hätten sie auf ein Recht verzichtet, das nirgends in der Internationale angetastet ist, und sich damit eines Verbrechens gegen die Prinzipien schuldig gemacht.

Am 13. und 14. Februar 1909 wurde der außerordentliche Kongreß zu Deventer abgehalten. Folgender Antrag des Parteivorstandes wurde dort angenommen:

A. „Die Partei gibt unter der Redaktion der Genossen Roland Holst und Wibaut ein Wochenblatt heraus. Dieses Wochenblatt wird als Beilage mit „Het Volk" verbunden. Die Redakteure üben ihre Funktion in stetigem Einvernehmen mit der Redaktion von „Het Volk" aus und sie haben, damit mit „Het Volk" ein gutes Ganze entsteht, dabei auch das Recht, über den Inhalt des Tageblatts mitzureden."

B. „Der Kongreß erklärt als seine entschiedene Ansicht, daß dieser Beschluß die Aufhebung der „Tribüne" zur Folge haben soll."

C. „Falls die Genossen, die die Tribüne herausgeben, nicht zu deren Aufhebung bereit sind, spricht der Kongreß als seine Meinung aus, daß diese Genossen von der Mitgliedschaft der Partei verfallen erklärt werden."

V. Die neue Partei.

Als Folge der Annahme der Absätze B und C der Deventer Resolution beschlossen etwa 400 Mitglieder aus der S. D. A. P. auszutreten. Nachdem das Referendum die Beschlüsse des Kongresses bestätigt hatte, wurde am 14. März die „Sociaaldemokratische Partij in Nederland" (S. D. P.) gegründet.

Das Internationale Bureau hat darauf eine Annäherung der beiden Parteien zu stande zu bringen versucht und dazu folgenden Vorschlag gemacht:

I. Mit Bestätigung der vom Internationalen Kongreß zu Amsterdam 1904 festgestellten Prinzipien über die notwendige Einheit der Arbeiterbewegung, und auf Anlaß der Intervention des Internationalen Bureaus, erklären die aus der S. D. A. P. Ausgetretenen, jetzt in der S. D. P. vereinigt, daß sie durch ihr Wiedereintreten wieder in kameradschaftlicher Weise in der Partei mitarbeiten wollen, indem sie die S. D. A. P. in ihrem Programm und allgemeinen Streben als die einzige politische Organisation des Proletariats anerkennen; und verpflichten sie sich, die Beschlüsse des Deventer Kongresses über die Aufhebung der „Tribüne" sofort auszuführen.

II. Der (nächste) Kongreß (der S. D. A. P.) in Rotterdam wird einen der Redakteure des aufgehobenen Blattes mit den schon angewiesenen Redakteuren in die Redaktion des neuen Wochenblattes der Partei aufnehmen, auf Grundlage der Parteiresolutionen und der zu Deventer gegebenen Erklärungen, auch in betreff des Verhältnisses zu der Redaktion von „Het Volk", welche Erklärungen in der Sitzung des Parteivorstandes am 15. März 1909 bestätigt wurden. *)

III. Schließlich wird die Minorität daran erinnert, daß sie immer das Recht hat — nachdem alle Parteiinstanzen erschöpft sind, oder wenn es sich darum handelt, ein Schiedsgericht anzurufen — sich an das Internationale Bureau zu wenden, wenn sie sich in einer angemessenen Aeußerung, ihrer Auffassung innerhalb der Grenzen von Parteiprogramm und Parteidisziplin verletzt fühlt.

In diesem Vorschlag wird also weder der Ausschluß aufgehoben, noch irgend welche Bürgschaft für die Freiheit der Kritik gegeben. Vielmehr wird ihre Verletzung ausdrücklich aufrecht erhalten. Der Vorschlag des Internationalen Bureaus läßt jede Spur von Verständnis für die wirklichen Gründe der Spaltung vermissen, da er offenbar nur eine Personenfrage darin sieht und in einer persönlichen Konzession eine Grundlage für die Wiedervereinigung zu finden glaubt. Eine Partei kann sich aber nicht von Außen daran binden, bestimmte Personen in bestimmte Posten zu setzen; so wenig eine Personenfrage ein Grund zur Trennung abgeben kann, kann sie einen Grund zur Vereinigung bilden. Die Ausgetretenen haben nicht deshalb das Parteiwochenblatt abgewiesen, weil sie deren Redakteure für weniger fähig halten als die „Tribüne"-Redakteure, sondern weil die Gründung jenes Wochenblattes unter Umständen vor sich ging — das Verbot der Tribüne — die ein Verbot der freien marxistischen Kritik bedeuten. Nicht persönliche, sondern sachliche Momente bestimmten unser Handeln; nur durch eine sachliche Konzession, keine Konzession an uns, sondern an das Prinzip der Sozialdemokratie, durch die ausdrückliche Anerkennung der Freiheit der marxistischen Kritik war unser Wiedereintritt in die S. D. A. P. möglich. Deshalb hat ein am 21. März besonders zusammengerufener Kongreß der S. D. P. den Vorschlag des Internationalen Bureaus abgelehnt und ihren Standpunkt in der folgenden Resolution ausgedrückt:

„In Erwägung, daß eine Einigung der beiden Parteien in der Wirklichkeit nur möglich sein kann, wenn beide Parteien ausdrücklich und öffentlich aussprechen, daß sie erwünscht sei,

daß nach einem solchen Ausspruch beider Parteien festgestellt ist, daß die S. D. A. P. auf dem außerordentlichen Parteitag

---

*) Diese Erklärungen stellen die Selbständigkeit der Redaktion des Wochenblatts gegenüber der „Volk"-Redaktion fest.

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

der S. D. A. P. durch die Annahme der Absätze B und C des Vorschlages des Parteivorstandes einen Fehler machte,

daß das Blatt „De Tribune“ nie gegen das Programm der S. D. A. P. verstoßen hat, sondern im Gegenteil dessen Programm in seiner Reinheit propagiert hat, und daß die drei Redakteure als g u t e Sozialdemokraten nie aus einer sozialdemokratischen Partei hätten ausgeschlossen werden dürfen,

daß in einer sozialdemokratischen Partei die Freiheit der Meinungsäußerung und die Freiheit der Kritik hätte notwendig unverkürzt und ohne Hemmnisse aufrecht erhalten werden müssen, daß Kritik prinzipieller Meinungsäußerungen und damit übereinstimmender Handlungen führender Organe oder Vertrauensleute die persönliche Ehre dieser Personen nicht antastet,

spricht der Kongreß als erwünscht aus,

daß in Holland nur e i n e sozialdemokratische Partei besteht,

und beschließt, den Parteivorstand im Interesse der Einheit zur Aufhebung der S. D. P. zu ermächtigen, sobald

1. die S. D. A. P. durch Referendum den Ausschluß der drei „Tribüne“-Redakteure aufhebt,
2. die S. D. A. P. in einer klar formulierten Resolution die Freiheit aller ihrer Mitglieder, oder jeder Gruppe von Mitgliedern anerkennt, öffentlich, in jeder Gestalt, schriftlich und mündlich, die im Programm niedergelegten Prinzipien zu verkünden und Kritik zu üben,

und beauftragt den Parteivorstand, die Unterhandlungen mit dem Internationalen Bureau nur dann fortzusetzen, wenn das Bureau bereit ist, solche Vorschläge zu formulieren und der S. D. A. P. vorzulegen, die mit dieser Resolution in Uebereinstimmung sind, damit in dieser Weise eine wirkliche auf reellem Boden stehende Einigung der beiden Parteien im Interesse der internationalen Sozialdemokratie möglich wird.“

Da dieser Vorschlag vom Internationalen Bureau und von der S. D. A. P. zurückgewiesen wurde, ist die Spaltung der holländischen Sozialdemokratie zu einer Tatsache geworden.

* * *

Aus diesen Ausführungen wird es Ihnen, Parteigenossen, hoffentlich klar geworden sein, daß die Deventer Beschlüsse nur den Schlußakt einer langen Reihe von Verletzungen der Demokratie bildeten, einer langen Reihe von Angriffen der revisionistischen Mehrheit auf das Recht der marxistischen Minderheit, an ihrer Taktik Kritik zu üben. Solange uns die Möglichkeit blieb, durch unser Blatt unsere Ansichten zu verfechten und damit allmählich in die Partei einzudringen, haben wir ausgeharrt. Als uns aber unser Blatt und damit die Möglichkeit einer freien Kritik genommen wurde, war das nicht mehr möglich.

Parteigenossen, wir haben die Hoffnung und die feste Zuversicht, daß Sie, nachdem Sie die Tatsachen kennen gelernt haben, uns Ihre Sympathie zuwenden werden.

Im Namen der S. D. P.:

D. J. Wijnkoop, Vorsitzender.

Frau M. Mensing, Schriftführerin.

J. C. Ceton.

Dr. H. Gorter.

G. Mannoury.

Dr. W. van Ravesteyn.

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

Nachtrag.

Nachdem die vorangehende Darlegung fertig war, erschien der Bericht des Exekutiv-Komitees des Internationalen Sozialistischen Bureaus über seine Versuche zur Vermittlung zwischen den beiden holländischen sozialdemokratischen Parteien. Dieser Bericht, der jede weitere Vermittlung von der Hand weist und vorschlägt, unsere Partei nicht zu der Internationale zuzulassen, ist allen sozialdemokratischen Parteien, die dem Internationalen Bureau angeschlossen sind, zugeschickt worden.

Wir glauben deshalb, nachdem wir den ausländischen Genossen die Tatsachen und die Geschichte des Kampfes zwischen den Marxisten und den Revisionisten in Holland dargelegt haben, dem eine Beantwortung, wenigstens der Hauptpunkte des Berichtes des E. K. — denn auf alles können wir nicht eingehen — hinzufügen zu müssen.

* * *

Parteigenossen! Die S. D. P. ist nicht zur Durchbrechung der sozialdemokratischen Einheit in Holland übergegangen, weil sie etwa glaubte, daß kein freies und kameradschaftliches Zusammenarbeiten der beiden Richtungen in einer Organisation möglich sei. Die Gründe, die die S. D. P. in ihrem Handeln leiteten, sind vielmehr folgende: Erstens, weil schon seit Jahren dem Marxismus die freie Meinungsäußerung erschwert worden war, zweitens, weil durch die Deventer Beschlüsse das demokratische Prinzip von der S. D. A. P. dermaßen verleugnet worden war, daß wir diese Partei nicht mehr als die Vertreterin der Sozialdemokratie anerkennen konnten.

Das Verbot des marxistischen Wochenblatts, das stets nur die Prinzipien der Partei verteidigt hat, und der Ausschluß seiner Redakteure, aus dem Grunde — wie Troelstra in Deventer erklärte — daß ihr Standpunkt sie der Partei gegenüberstelle *), waren Handlungen, die die Demokratie vernichten.

Wir bedauern deshalb, daß das Exekutiv-Komitee des Internationalen Bureaus glaubte, die Einheit durch Vorschläge zustande bringen zu können, die weder die Demokratie in der S. D. A. P. wiederherstellen, noch für später den Marxisten eine freie Meinungsäußerung verbürgen — obgleich wir die gute Absicht dieses Versuches nicht verkennen und sie zu würdigen wissen.

*) „Fragen des Tones und der Worte betreffen nur die Außenseite. . . . Ich erkenne sogar an, daß die „Tribüne" es in dieser Hinsicht noch passabel gemacht hat."

„Das ist die Bedeutung der „Tribüne", daß sie der Taktik, die die Partei in Holland immer befolgte und immer befolgen wird, unversöhnlich gegenübersteht. Euer Standpunkt stellt Euch außerhalb der Partei. Wenn es Euch gelingt, zur Macht in der Partei zu kommen, dann würde die Partei aus einer Massenbewegung zu einer kleinen Sekte zusammenschrumpfen . . ."

Daß aber das Exekutiv-Komitee, nachdem unsere Partei, auf dem bei der Gründung eingenommenen Standpunkt beharrend, die Einigung auf solchen Grundlagen für unannehmbar erklärt hatte, diese Erklärung mit einer Verurteilung beantwortete, eine weitere Untersuchung verweigerte und unsere Zuverlässigkeit verdächtigte, dagegen müssen wir einen kräftigen Protest erheben.

Dieser Protest bezieht sich zunächst darauf, daß das Exekutiv-Komitee in seinem Bericht die Spaltung „durch nichts begründet" nennt.

Durch diesen Ausspruch stellt es sich selbst in Widerspruch zu seiner eigenen Erklärung im ersten Teil des Berichts, daß „nur die Versammlung des Internationalen Bureaus befugt ist, ein Urteil über das Wesen der Sache auszusprechen".

Daß das Exekutiv-Komitee keine richtige Einsicht in die Differenzen hatte, die die Spaltung veranlaßten — es hat diese Differenzen ja auch nicht zum Gegenstand einer Untersuchung gemacht — zeigt sich auch in seiner Erwähnung des „disziplinären Rechtes (einer Partei), die Aufhebung eines Blattes zu fordern". Damit wird eine ganz schiefe Auffassung des Differenzpunktes gefördert, denn wir haben ja nie bestritten, daß eine Partei das Recht hat, aus prinzipiellen Gründen die Redaktion oder die Mitarbeit an bestimmten Blättern als unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Partei zu erklären. Aber wir lehnen uns dagegen auf, daß dieses Recht dazu benutzt wird, eine Kritik an den leitenden Organen einer Partei zu hemmen oder zu unterdrücken, die ganz auf dem Standpunkt der Sozialdemokratie steht.

Vor allem jedoch erheben wir Protest gegen die beiden Beschuldigungen, die in den nachfolgenden Sätzen enthalten sind.

Der erste dieser Sätze besagt:

„Wir weisen also sehr entschieden die Ehre ab, noch weiter über eine Verständigung zu unterhandeln; sogar dann, wenn die S. D. A. P. die Bedingungen der S. D. P. annehmen möchte, und zwar aus dem Grunde, weil letztere dabei die ganze vorherige Geschichte wiederholen und unterwegs neue Bedingungen herausfinden könnte." *)

Diese Darstellung ist unrichtig. Wir haben nur einmal unsere Bedingungen gestellt. Wir brauchten keine anderen und neue zu stellen, da wir von Anfang an nur eins wollten: die Hochhaltung der Demokratie, die das innere Wesen einer sozialdemokratischen Partei bildet. Der tatsächliche Vorgang ist dieser: Sobald der S. D. P. vom Sekretär des Internationalen Bureaus die Vermittlungsvorschläge mitgeteilt waren, hat unser Parteivorstand in einer Sitzung am Donnerstag, den 18. März, diese Vorschläge sofort geprüft und ihnen gegenüber die Bedingungen formuliert, die unserer Ansicht nach den Einigungsvorschlägen zu Grunde liegen sollten. Das Resultat wurde dem Sekretär des Internationalen Bureaus mitgeteilt. Andere Vorschläge haben wir weder früher noch später gemacht.

*) Wir übersetzen bei allen Zitaten nach dem französischen Text des Berichtes.

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

Nun wird vom Exekutiv-Komitee der Vorwurf gegen uns erhoben, unsere Delegierten hätten in der Brüsseler Konferenz die drei im Bericht angeführten Punkte als Grundlage möglicher Unterhandlungen anerkannt, während nachher in Amsterdam viel weitergehende „unmögliche" Forderungen aufgestellt wurden. Dieser Vorwurf wurde in dem Anfang des vom Sekretär Huysmans an den Parteivorstand der S. D. P. geschickten, im Bericht abgedruckten Briefes vom 18. März erhoben:

„Sie werden sich erinnern, daß im Auftrag Ihrer Gruppe zwei von Ihnen nach Brüssel kamen, um mit dem Exekutiv-Komitee des Internationalen Bureaus über die Lage zu verhandeln. Dort haben wir Ihnen einen Entwurf zur Einigung unterbreitet, der von Ihren Delegierten als eine mögliche Grundlage für Unterhandlungen betrachtet wurde . . ."

Dieser Satz ist unrichtig. Wenn unsere Delegierten sich in Brüssel über die Möglichkeit einer Verständigung auf einer ähnlichen Grundlage in günstigem Sinne geäußert haben, so ist das nur persönlich, außerhalb und nach der Konferenz zu einem oder zweien der Mitglieder des Exekutiv-Komitees geschehen. In der Konferenz mit dem Exekutiv-Komitee haben unsere Delegierten, ihrem Auftrage entsprechend, nur eine Auseinandersetzung der Lage gegeben. Wegen ihrer Ansicht über die Punkte, die ihnen dort einfach mitgeteilt wurden, sind sie nicht befragt worden. Die Unrichtigkeit des angeführten Satzes in dem Brief wurde von uns sofort in der Konferenz mit dem Genossen Huysmans am 18. März festgestellt, was aber in dem Bericht des Exekutiv-Komitees nicht erwähnt wird.

Außerdem ist der erste Punkt in dem Bericht nicht richtig wiedergegeben. Er lautete nicht: Aufrechterhaltung der Deventer Beschlüsse, sondern: Aufhebung der „Tribüne". Dem hätten unsere Delegierten persönlich zustimmen können, wenn daneben eine Bürgschaft gegeben werde, daß in genügender Weise der Marxismus unter die Arbeiter gebracht werden könne.

Aber gesetzt, einer von uns hätte in der Tat seine Ansicht geändert. Wäre das nicht erlaubt? Wäre das nicht erlaubt, wenn man inzwischen Zeit zum Nachdenken hatte, mit Parteigenossen geredet und vor allem, wenn man anstatt kurzer Punkte ausgearbeitete Vorschläge vor Augen bekommen hat? Läge darin ein Grund für das Exekutiv-Komitee, dermaßen erzürnt zu sein, daß es alle weitere Vermittlung verweigert? Auch wenn wir — *was wir entschieden verneinen* — darin einen Fehler gemacht hätten, was müßte dann schwerer wiegen, dieser formelle Fehler unsererseits oder das Verbrechen gegen den Sozialismus von seiten der S. D. A. P.?

Die zweite und schwerste, am meisten verletzende Beschuldigung ist in dem Satz enthalten:

„Man stellte Bedingungen, von denen man wußte, daß sie unannehmbar waren. Die Wahrheit war, daß man keine Uebereinstimmung mehr wünschte."

Hier wird uns also vorgeworfen, daß wir keine Einheit wollen. Mit Unrecht.

Wir wollen die Einheit, und nichts als die Einheit. Aber nicht bloß die Einheit mit unseren früheren Parteigenossen, sondern die Einheit *aller* klassenbewußten Proletarier. Nicht bloß die äußerliche, formelle Einheit; sondern vor allem wollen wir, daß die innere wirkliche Einheit aufwächst und sich durchsetzt. Diese Einheit ist nur durch die freieste Meinungsäußerung innerhalb der Partei zu verwirklichen. Diese Einheit ist nur möglich auf den Grundlagen der festesten Disziplin und der unverletzlichen Demokratie, die in einer proletarischen Partei notwendig zueinander gehören. Denn nur dann kann eine freiwillige, nicht erzwungene Disziplin bestehen bleiben, wenn zugleich alle Taten und Handlungen der Mehrheit einen Gegenstand der freiesten Kritik bilden. Wenn wir uns mit unseren Vorschlägen auf diesen prinzipiellen Boden stellen, ist es uns vollkommen unverständlich, daß uns der Vorwurf gemacht wird, wir stellen Forderungen, von denen wir im voraus wissen, „daß sie zum Scheitern verurteilt sind". Denn wir meinen, daß alle sozialdemokratischen Parteien, auch diejenigen, in denen Marxisten und Revisionisten einander gegenüberstehen, auf diesem Boden stehen und dadurch ihre Einheit bewahren.

Aber gerade diese notwendige Grundlage der Einheit wurde — wie wir gezeigt haben — von der revisionistischen Mehrheit der S. D. A. P. vernichtet, als sie gegen die Marxisten eine Maulkorbresolution annahm und sie schließlich, bei Strafe des Ausschlusses, zur Aufhebung ihres Blattes zwingen wollte.

Der Weg der Gewalt, nicht der Weg der Demokratie und der Disziplin wurde von den holländischen Revisionisten eingeschlagen. Gewalt kann aber unter Sozialdemokraten nie eine Grundlage der Einheit bilden.

Ist es also wunderbar, daß die S. D. P. nach allem, was seit 1905 vorgefallen ist, eine gründliche Bürgschaft forderte, daß die Einheit keine Scheineinheit sein, sondern auf der vollkommenen Demokratie beruhen sollte?

* * *

Parteigenossen! Rufen Sie sich ins Gedächtnis, was wir über den Kampf der beiden Richtungen in Holland schrieben, und lesen Sie dann den Vorschlag, den uns das Exekutiv-Komitee des Internationalen Bureaus unterbreitete. Das Exekutiv-Komitee konnte, wie wir zugestehen wollen, nicht mit allem, was der Spaltung voranging, bekannt sein, und wir nehmen an, daß dadurch sein Urteil über die S. D. A. P. und die S. D. P. getrübt worden ist.

Aber Sie, Genossen, sind jetzt damit bekannt und werden deshalb unsere Haltung, den Vorschlägen des Exekutiv-Komitees gegenüber, verstehen können.

In diesen Vorschlägen des Exekutiv-Komitees wird weder der Ausschluß noch das Verbot der „Tribüne" aufgehoben. Diese Beschlüsse bilden einen Präzedenzfall, der den Marxisten immer wie ein Damoklesschwert über dem Haupte hängen bliebe.

Auch wird die unbeschränkte Kritikfreiheit nicht anerkannt. Gerade umgekehrt wird in dem von der S. D. A. P. eingefügten Satz gesagt, daß wir auf der Grundlage der Parteiresolutionen schreiben sollen. Damit wird die Utrechter Resolution gemeint, die immer gegen uns angewandt wurde: bei unserer Kritik der Annäherung an die bürgerlichen Parteien, der Haltung der Reformisten in Deutschland und Frankreich

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

und der Haltung der Kammerfraktion und der „Volk"-Redaktion bei der Krankheitsversicherung, dem Arbeitsvertrag, dem Zehnstundentag, der Moraldebatte, der Krisendebatte. Und diese Resolution wurde in dem uns gemachten Vorschlag als Grundlage des weiteren Zusammenarbeitens genannt! Wer verbürgte uns, daß wir, wenn wir die „Tribüne" aufhoben und in die Redaktion des neuen Wochenblattes eintraten, nicht nachher auf Grund eines angeblichen Verstoßes gegen die Utrechter Resolution aus jener Redaktion vertrieben werden, oder das Wochenblatt vielleicht aufgehoben wird? Wir hatten dagegen keine einzige Bürgschaft.

Die völlige Demokratie innerhalb der Partei und die völlige Freiheit, das marxistische Prinzip zu verteidigen, fehlte in den Vorschlägen.

Deshalb wollte die S. D. P. eine solche Einigung nicht. Denn eine Einheit auf solcher Grundlage wäre nur eine Scheineinheit gewesen. Wir blieben derselben Verfolgung und Unterdrückung ausgesetzt, wie in früheren Jahren.

Weil die marxistischen Prinzipien und die marxistische Kritik für uns in dem Kampf mit der Bourgeoisie die einzig richtigen sind, und wir sie innerhalb der S. D. A. P. nicht frei propagieren konnten, mußten wir den uns allein offen gebliebenen Weg einschlagen, sie außerhalb der S. D. A. P. in das Proletariat zu tragen.

Noch immer ist die Einheit möglich. Wenn die S. D. A. P. selbst oder durch Vermittlung des Internationalen Bureaus mit Vorschlägen zu uns kommt, die uns die Bürgschaft geben, die jeder Sozialdemokrat fordern darf und fordern *soll*, dann sind wir sofort zur Einigung bereit. Das ist unsere aufrichtige Meinung, unsere bestimmte Zusicherung. An der S. D. A. P. liegt es, uns die Verwirklichung der Zusicherung zu ermöglichen.

Tut sie das nicht, so werden wir — diese Wahrheit wollen wir offen ins Auge fassen — die *wirkliche Einheit* nur durch einen *wirklichen Kampf* erzielen können. Wir wissen, daß der Klassenkampf nicht bloß mit Stimmzetteln, Streiks und anderen materiellen Mitteln geführt wird, sondern daß er auch *einen geistigen Kampf, einen Kampf um Anschauungen und Prinzipien* einschließt, der zu einem bedeutenden Teil innerhalb der Sozialdemokratie selbst gekämpft werden muß. Diesem Kampfe darf nicht, um einer rein-äußerlichen Scheineinheit willen, ausgewichen werden, denn er ist notwendig, um dem Proletariat die hauptsächlichste Macht zu geben, die ihm fehlt, die geistige Macht.

Der Friedensweg für die Propaganda des Marxismus stand uns nicht mehr offen; deshalb mußten wir im Interesse unserer großen Sache den Weg des Kampfes einschlagen.

Das Exekutiv-Komitee schlägt in seinem Bericht vor, uns nicht zu der Internationale zuzulassen, weil wir eine Spaltung hervorriefen, „die nichts rechtfertigen kann". Und doch erkennt das Exekutiv-Komitee an, daß es die Differenzen selbst nicht untersucht hat. Glaubt es etwa, daß es sich in diesem Kampf nur um äußere Formsachen handelt? Immerhin haben wir diesem Vorschlage, über unsere Anfrage zum Anschluß an das Internationale Bureau zur Tagesordnung überzugehen, Rechnung zu tragen.

Deshalb wenden wir uns an Euch, Mitglieder des Internationalen Bureaus und Mitglieder der Internationalen Sozialistischen Parteien.

Wir verlangen von Ihnen nicht, daß Sie sich an unsere Seite stellen. Wir wissen, daß die Internationale nur in großen allgemeinen Fragen und nicht in den Einzelheiten der Differenzen, die der Spaltung der Arbeiterbewegung in mehreren Ländern zu Grunde liegen, Stellung nehmen kann. Wir wissen auch, daß wir unsere Differenzen vor dem holländischen Proletariat selbst auskämpfen müssen.

Wir verlangen von Ihnen nur, daß Sie nicht, wie das Exekutiv-Komitee, die Partei der S. D. A. P. *gegen uns* ergreifen und sich nicht zu unseren Ungunsten in den holländischen Streit einmischen. Wir verlangen von Ihnen nichts anderes, als daß Sie uns anerkennen, als was wir auch durch unser Prinzip und die von uns verfochtene Taktik in Wirklichkeit sind, als gute Sozialdemokraten. Daher ersuchen wir, unserem Anschluß an das Internationale Bureau zuzustimmen.

Mit Zuversicht erwarten wir darüber Ihre Entscheidung.

Im Namen der S. D. P.

Der Parteivorstand.

BIBLIOTHÈQUE DE LA GUERRE MUSÉE

Druck: Maurer & Dimmick, Berlin SO., Adalbertstraße 37.

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

Inhalt.

Seite

I. Die ersten Kämpfe. 4
- Die Agrarfrage . . . 5
- Die Schulfrage . . . 6
- Der Eisenbahnerstreik . . . 7
- Die Kampfesweise der Revisionisten . . . 7

II. Vor dem Utrechter Kongreß. 8
- Der Haager Kongreß 1905 . . . 9
- Die Stichwahlen . . . 10
- Troelstra gegen den Parteivorstand . . . 12
- Die Schrift „Ueber Parteiführung" . . . 15
- Die Utrechter Resolution . . . 16

III. Nach dem Utrechter Kongreß.
- Der neue Kurs . . . 18
- Die Programmrevision . . . 20
- Der Kongreß in Haarlem 1907 . . . 22
- Die politische Situation . . . 24

IV. Die Tribüne.
- Die Gründung der Tribüne . . . 25
- Der Arnheimer Kongreß 1908 . . . 28
- Die ökonomische Krise . . . 31
- Die Parteikrise . . . 33
- Der Deventer Kongreß . . . 34

V. Die neue Partei . . . 38
- Nachtrag . . . .

BIBLIOTHÈQUE DE LA GUERRE

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE

B.D.I.C. REPRODUCTION INTERDITE